

Cam.

35

mm. 35

7050

Ueber
Staats-Aufwand
und
die Bedeckung
desselben

von
D. H. Eschenmayer.

Heidelberg,
bei Mohr und Zimmer.
1806.

Stadtbibliothek
München

Sechstes - Aufwand

und

die Bedeckung

der

von

Dr. H. E. E. E. E.

—

—

H. E. E. E. E.

H. E. E. E. E.

B. S. B.
MÜNCHEN

Bayerische
Staatsbibliothek
München

07/94/593

V o r r e d e.

Die Staats-Wirthschaft, welche sich zuerst mit der Kenntniss der Staats-Bedürfnisse und deren Befriedigungs-Mittel beschäftigt, wird eben durch die so große Menge heterogener Theile der Befriedigungs-Mittel ausserordentlich verwickelt, ausgedehnt und ihre Erhebungs-Art kostspielig. Man nehme nur einmal die Rechnungen eines kleinen Staates zur Hand, oder einen Etat, und man wird eine fast unendliche Menge so verschiedener Staats-Gefälle darinn finden, dass man sich wundert, wie es möglich

ist, eine systematische Ordnung und eine pünktliche Richtigkeit in das Finanz-System und das Rechnungs-Wesen zu bringen, und diese Ordnung zu handhaben. Eben diese so grofse Menge mannigfaltiger Abgaben der Bürger macht auch eine grofse Anzahl von Beamten und von Arbeiten nothwendig, welche dem Staats-Einkommen einen ziemlichen Theil Einkünfte wegnehmen.

Sollte es nun nicht möglich seyn, die Quellen der Staats-Befriedigungs-Mittel auf wenigere zu reduzieren, dadurch die Erhebungs-Art leichter und weniger kostspielig zu machen, und doch dem letzten Zwecke eines Staates, dem National-Wohlstande, nicht hinderlich zu seyn? Diese Möglichkeit sollte allerdings bezweckt werden können, wenn man die rechten Mittel anwendet, ein zweckmäfsiges Finanz-Sy-

stem und ein gut eingerichtetes Rechnungs-We-
sen anzuordnen. Es ist keinem Widerspruche
unterworfen, dafs, wenn man die vielerley und
oft so heterogenen Quellen der Staats-Abgaben
nur auf wenige zurück setzt, auch die Zahl der
Beamten und die Menge der Arbeiten kleiner
werden, und dafs es dem Bürger einerley seyn
müsse, unter welchen Benennungen er seine
Abgaben entrichte; ob unter vielen — oder un-
ter wenigen? —

Das physiokratische System hatte nur eine
Abgabe, und zwar die auf Grundstücke fest ge-
setzt, und seine Realisirung konnte nur haupt-
sächlich deswegen nicht in Ausführung ge-
bracht werden, weil die Klasse der Landbebauer
nicht im Stande war, die nöthigen Vorschüsse
für alle übrigen Klassen der Staats-Bürger zu
machen. Wenn dieser Klasse aber auch die

Gewerbs - Klasse, die Regale und die Konsumtions - Steuern der größern Bequemlichkeit, des Vergnügens und des Luxus zu Hülfe kommen, so sollte es allerdings möglich seyn, besonders wenn man die Entrichtungs - Zeit dieser Staats - Abgaben auf geschickte Termine eintheilet.

Dies war die Absicht gegenwärtiger Untersuchung und Abhandlung. In wie fern nun dieselbe dadurch erreicht sey, und ob sie sich, wie ich fest überzeugt bin, ohne dem Nationalwohlstande Hindernisse in den Weg zu legen, ausführen lasse? Das mögen die praktischen Staatswirthe entscheiden. Für mich soll es Belohnung genug seyn, durch gegenwärtiges Werkchen den Staatswirthen zu Vereinfachung der Staats - Befriedigungs - Mittel eine vielleicht auszuführende Idee gegeben zu haben.

Ich habe die Grundsätze von Adam Smith in Bearbeitung dieser Abhandlung anzuwenden gesucht, weil sie mir als die für eine gute Staatswirthschafts - Verfassung zweckmässigsten und gleichesten schienen, und weil sie dem reinen Einkommen der Staatsbürger am angemessensten sind. Da, wo ich zuweilen von den Grundsätzen Smith's abwich, habe ich die Gründe für meine Meinung angegeben, weil ich dabei eine leichtere und bestimmtere Erhebungs - Art zum Zwecke hatte, welche sowol in der Erfahrung, als auch in der Praxis sich sicherer anwenden lassen wird. Wer in der Staatswirthschaft praktisch arbeitet, wird mir, durch Erfahrung überzeugt, nicht Unrecht geben, daß ich an die Stelle der so kostspieligen und den Veränderungen so sehr unterworfenen Erhebungs - Art der Konsumtions - Steuern die Gewerb - Steuer nach bestimmten Klas-

sen setzte, da letztere, im Grunde betrachtet, eigentlich auch nur Konsumtions-Steuern, aber nicht der Willkür des Verzehrenden so sehr unterworfen — und daher für die Gewissheit der Finanzwirthschaft in Festsetzung der Staats-Befriedigungs-Mittel bestimmter sind.

Der Verfasser.

Ein Staat ist die Vereinigung einer Menge Menschen. Allgemeine Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums war der Zweck dieser Vereinigung. Die Mittel zu diesem Zwecke erforderten Aufwand, welchen zu tragen, der zusammen getretenen Gesellschaft oblag. Die Regierung dieses Staates konnte nicht von allen Mitgliedern der Gesellschaft zugleich besorgt werden. Es war ein Centrum nöthig, dies bestehe nun aus einer oder mehreren Personen, von welcher die Kraft-Anwendung für die nöthige Sicherheit ausgehen mußte. Dieses Centrum hat durch die Zusammentretung und Bildung eines Staates das Recht erlangt, von den Bürgern desselben ihren Beitrag für die öffentlichen Bedürfnisse zu fordern. Sicherheit der Person und des Eigenthums ist also der Hauptzweck einer Staats-Verbindung.

Da nun die Handhabung der Sicherheit einen Aufwand verursachte, so mußte es Bedin-

gung werden, daß die Mitglieder denselben über sich nahmen und zwar jedes nach dem Zustande seiner Verhältnisse, wie es mehr oder weniger den Genuß der Sicherheit nöthig hatte. Jeder Bürger muß den Zweck des Staats wollen, daher auch die Mittel zu demselben. Diese Mittel können nun nichts anders seyn, als zweckmäßige öffentliche Anstalten, welche die innere und äussere Sicherheit bewirken. Diese öffentlichen Anstalten erheischen Staats-Aufwand, welcher aus dem Staats-Eigenthume erhoben werden muß. Unter das Staats-Eigenthum gehören alle Güter, alles Vermögen jedes Staatsbürgers, und dieser ist schuldig, aus seinem Vermögen den ihn verhältnißmässig treffenden Antheil zur Einrichtung und Erhaltung der öffentlichen Anstalten abzugeben, wenn der Staat oder der Suverän nicht so viel eigenes Staats-Einkommen hat, davon die aufzuwendenden Kosten bestritten werden können. Unter die innere Sicherheit können gerechnet werden: die Erhaltung und die Würde der Regierung und der Staats-Diener, die Justiz- und Polizey-Pflege; unter die äussere hingegen, die Mafsregeln, welche der Staat gegen andere Staa-

ten und gegen auswärtige Feinde zu seiner Vertheidigung nehmen muss. Der Staats-Aufwand erfordert also Staats-Einkommen. Das Staats-Einkommen reicht zu, wenn es der Grösse des Staats-Aufwandes völlig angemessen ist, wenn alle Anstalten, die die innere und äussere Sicherheit nothwendig machen, davon bestritten werden können. Das Staats-Einkommen kann ursprünglich nur aus dem Eigenthume der Bürger genommen werden, und zwar entweder so, dass dieselben dem Suverän, welcher den Staat repräsentirt, als solchem, Capitale eigenthümlich überlassen, oder so, dass sie ihm aus ihrem Eigenthume ein Einkommen geben. Diese Abgaben sollen die Bürger aber auch nur von ihrem reinen Einkommen leisten, das heisst, von demjenigen Ueberschusse, welcher ihnen von ihrem stehenden und umlaufenden Capitale übrig bleibt, und zu unmittelbarem Verbrauche verwendet werden kann. Sie, die Abgaben, müssen also gemässigt seyn, und der Staats-Aufwand muss sich daher einschränken. Mässigkeit und Nützlichkeit sind die zwey Gesichtspunkte, welche der Staat immer vor Augen haben muss. Die Mässigkeit, damit dem Bürger von seinem

reinen Einkommen noch etwas übrig bleibe, und dadurch der National-Wohlstand nicht in Stillstand gerathe; Die Nützlichkeit, um durch den allgemeinen Aufwand auch den Staatszweck so zu erreichen, daß er nicht nur die Sicherheit gewährt, sondern auch ein Beförderungs-Mittel des National-Wohlstandes wird. Die öffentlichen Ausgaben können sich nur nach denjenigen Anstalten richten, die der unmittelbare Zweck des Staates erheischt, sie sind nur als die Mittel anzusehen, um die allgemeine Wohlfahrt, welche der letzte Zweck einer Staats-Verbindung ist, zu erreichen. Ganz falsch würde der Grundsatz seyn, wenn man ihn aus dem Gesichtspunkte betrachtete, daß diese Einrichtung, nicht um die Absicht der gesellschaftlichen Verbindung zu erzielen, sondern um von den Bürgern Einkünfte zu erheben, getroffen worden sey. Dieser Grundsatz wäre für die oberste Gewalt sehr erniedrigend und müßte die schrecklichsten Folgen hervorbringen. Man denke sich, wenn die oberste Gewalt immer nur auf die Vermehrung der Einkünfte bedacht wäre, und die Bürger hergeben müßten, was ihnen nur aufzubringen und abzugeben möglich wäre, welche Resul-

tate am Ende herauskommen würden? Ist der Staats-Aufwand so groß, daß das ganze reine Einkommen der Bürger darauf gehet, jedoch das stehende und umlaufende Capital unangetastet bleibt, so entsteht ein Stillstand im National-Wohlstande und der Bürger kann nichts vor sich bringen; greifen aber die Abgaben das Capital an, so gehet der Staat zu Grunde. Je mehr also der Bürger nach Abzug der Staats-Abgaben von seinem reinen Einkommen übrig behält, desto mehr vergrößert sich der National-Wohlstand, und dann kann auch bei unvorhergesehenen Zufällen, wo temporelle Staats-Ausgaben größer als gewöhnlich geleistet werden müssen, desto mehr auf ihn gerechnet werden. Ohne Einkommen lassen sich keine Ausgaben denken. Jenes muß also diesen vorausgehen. Der Staat muß Sorge tragen, daß die einzelnen Staatsbürger ungestört durch ihren Fleiß und ihre Kraft-Anwendung sich ein Einkommen zu verschaffen im Stande seyn können. Diese Ungestörtheit der Kraft-Anwendung der Staatsbürger ist nur in einer vollen Freiheit des Gewerbes für jeden einzelnen Bürger zu finden. Der Zusammentritt in eine Staats-Verbindung geschehe ursprünglich

nur der Sicherheit wegen, aber nie zur Einschränkung der Freiheit. Bei jedem Bürger sind die Verhältnisse anders, als bei seinem Nebenbürger, und daher muß jeder sich nach seinen eigenen Umständen richten können. Wenn daher die Regierung auf Beförderung des National-Wohlstandes bedacht seyn will, so muß alle Einmischung in den Gewerbefleiß des Bürgers von ihrer Seite unterbleiben. Ein Grundsatz, der allen Regierungen sehr zu empfehlen ist, und der öfters ihnen zu einer falschen Beurtheilung Anlaß geben kann. Die Unterlassung aller Einmischung heißt nicht, alles dem Bürger allein überlassen, sondern die Regierung kann auf indirektem Wege befördern und solche Hindernisse wegräumen, die dem Gewerbefleiß allgemein entgegen sind. Der National-Wohlstand wird z. B. durch gute Strafsen, durch Brücken, Posten, Häfen, Canäle, Schiffbarmachung der Flüsse u. s. w. befördert, weil der allgemeine Verkehr des Produktes der freien Kraft-Anwendung dadurch erleichtert wird, und dergleichen öffentlichen Anstalten nicht Sache des einzelnen oder mehrerer Bürger zusammen sind, sondern von der Regierung bewerkstelliget werden müs-

sen. Diese kann alsdann auch mit Recht eine Abgabe von solchem auf öffentliche Anstalten gemachten Aufwande verlangen. Sie muß noch dazu sehr gerecht und gleich ausgetheilt seyn; denn es trifft jeden nach Verhältniß seines Antheils immer so viel, als er sich dieser Anstalten bedienet, und die Regierung wird hinlänglich dafür entschädigt. Diejenigen hingegen, welche diese Anstalten benutzen, lassen sich ihre Kosten wieder von dem ersetzen, der die Produkte zuletzt verbraucht. Es war bisher falscher Grundsatz der Regierungen, daß sie es für eine ihrer Pflichten hielten, die Anwendung des Fleisses und des Capitals der Staatsbürger so zu leiten, daß das Resultat davon nur für das allgemeine Beste seyn soll. Ich muß hier noch Ein Mahl wiederholen, daß der Zusammentritt zu einer Staats - Verbindung nur der Sicherheit wegen, aber nie wegen Einmischung oder gar Beschränkung des Gewerbfleisses geschah; also würde eine Regierung dadurch das Recht der Staatsbürger verletzen, und noch dazu dem National - Wohlstande unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen. Ein Staat hat fünf Haupt - Quellen als Mittel zur Erreichung sowohl seiner Bedürf-

nisse, als auch des National - Wohlstandes, sie sind

- 1) Landwirthschaft,
- 2) Forstwirthschaft,
- 3) Bergbau,
- 4) Manufakturwesen,
- und
- 5) Handel.

Haupt-Hindernisse des National-Wohlstandes und vorzüglich des Anbaues des Landes, welche zwar einiger Mafsen in Deutschland, aber noch nicht ganz in Europa aufgehoben sind, waren bisher Feudalwesen, Leibeigenschaft, Frohndienste und das Verboth eines freyen Handels. Ersteres brachte oft sehr grofse Ländereyen unter den Alleinbesitz eines Einzelnen, einzelner Familien und Gemeinden durch das Erstgeburts-Recht, durch das Majorat u. dgl. Wurden dergleichen Ländereyen selbst gebauet, und es geschah durch Leibeigene oder Frohndienste, so mufste die Arbeit schlecht ausfallen, auferdem aber kann der Besitzer eines grofsen Gutes dasselbe nie so vortheilhaft benutzen, als wenn es unter Mehrern in kleinern Theilen getrennt wäre.

Die Leibeigenschaft ist der elendeste Zustand, eine Slaverey, die niemals einen National-Wohlstand aufkommen läßt, und wie sehr den Frohndienstpflichtigen ihre eigene Arbeit dadurch gehindert, sauer und oft verderblich gemacht wird, brauche ich nicht zu beweisen. Man hat schon zu viel davon gesagt und geschrieben. Auch das Verboth eines freyen Handels und besonders auch das Verboth einer freyen Ausfuhr des Getreides wird in den meisten Fällen dem National-Wohlstande Schaden bringen. Nur in wenigen Fällen, bei Mißwachs, in unfruchtbaren Jahren, bei Krieg, mag das Verboth, Getreide ausser Landes zu verkaufen, nützlich seyn, weil sonst der Kornwucher alsdann bald die gröfste Noth hervorbringen würde. Regierungen, welche deswegen die Getreide-Ausfuhr verbieten, damit das Brot wohlfeil in ihrem Lande bleibe, werden auch ihr Land nie auf einer hohen Stufe von Wohlstand erblicken. Einem Staate, welcher zu wenig Korn hat, braucht man die Ausfuhr nicht zu verbieten, es bleibt schon von selbst im Lande. Ebenso gehet es auch mit dem Staate, der nur so viel hat, als er bedarf. Hat der Staat aber übrig,

und er muß es unter sich selbst so gut als möglich absetzen, so ist und bleibt National-Wohlstand eine Chimäre. Träte aber auch Ein Mal der Fall ein, daß eine solche Regierung ihren Ueberfluß an das Ausland abgeben wollte, so wird die andere Regierung, wenn sie anders nicht Noth leidet, jetzt auch sperren, damit sie nicht in einen Passiv-Handel gerathe. Möglichste Freiheit, Hinwegräumung aller Hindernisse, zweckmäßige Mafsregeln zur Beförderung und Erleichterung des Capital-Umtriebes der Staatsbürger kann allein den National-Wohlstand erhöhen. Alle übrigen Kunstmittel und Anstalten, welche eine Regierung anwendet, werden immer zweck- und fruchtlos bleiben. Es ist gegen meine Absicht, mich tiefer in die Regeln der Bezweckung des National-Wohlstandes einzulassen. Wer diese wissen will, der lese Adam Smith's vortreffliches Werk entweder in originali oder in Garve's Uebersetzung. Die darin aufgestellten Grundsätze in Ansehung der Beurtheilung der Handelsbalancen sind hiezu vorzüglich zu empfehlen. Vorausgesetzt nun, das Staats-Einkommen, wovon die Staatsbedürfnisse bestritten werden sollen, wäre hinlänglich und

zweckmässig geordnet, und man hätte die Elemente des National - Wohlstandes völlig in Kenntniss gebracht, so fragt es sich:

Was soll von dem Staats - Einkommen befriediget werden? oder, welches sind die Staatsbedürfnisse, die die Bürger aus ihrem Eigenthume zu bestreiten haben?

und

Wodurch sollen die Staatsbedürfnisse bestritten werden? oder, welches sind die Befriedigungs - Mittel der Staatsbedürfnisse?

Die erste Frage, wie wir oben gesehen haben, beziehet sich auf die innere und äussere Sicherheit. Es muss also daran liegen, zu erfahren, was für Bedürfnisse diese beiden Gegenstände nöthig haben. Gehen wir auf den ursprünglichen Zweck der Staats - Verbindung zurück, den wir in die Sicherheit der Person und des Eigenthumes gesetzt haben, so wird die äussere Sicherheit der erste abzuhandelnde Gegenstand. Diese erfordert heut zu Tage, leider, einen enormen Aufwand, weil sie allen Mächten immer aufrecht stehende Heere nöthig macht. Entstehet ein Krieg, so kosten die Zu-

rüstungen eine schon sehr grofse Summe, die, wo nicht schon vorrätbig, doch wenigstens in aller Schnelle herbeigeschaft werden mufs. Hier nun zeigt sich der National - Wohlstand in seiner wahren Güte. Ist er im Flor, so sind die Summen augenblicklich beisammen, und die Regierung hat nicht nöthig, so grofse Summen als Vorrath zu sammeln und todt hinzulegen; denn sie werden dem umlaufenden National - Capitale entzogen. Ist aber der Staat im Stillstande oder gar in der Abnahme, so ist Vorrath unumgänglich nöthig, der Staat aber auch zu bedauern; denn im Stillstande bleibt er alsdann nicht leicht, weil die Abgaben, welche ohnehin schon das reine Einkommen wegnehmen, (sonst wäre der Staat nicht im Stillstande) durch die Fortdauer des Krieges ungleich vergrößert werden. Vielleicht war auch der aufgehäufte Vorrath die Schuld am Stillstande. In dem Zustande der Abnahme hingegen wird er nun freilich auf sehr lange Zeit, und, wo ihm nicht wieder aufgeholfen werden kann, auf immer ruinirt bleiben. Aber auch selbst im Frieden neben dem stehenden Heere der Krieger vergrößert sich der Staats-Aufwand für die äufsere Sicherheit durch

die Gesandtschaften, welche mit schweren Kosten an auswärtigen Höfen erhalten werden müssen, durch den Festungsbau und seine Reparationen an den Grenzen. Große Staaten sind in dieser Rücksicht weit unglücklicher als kleine, weil gemeiniglich an ihrer Spitze ehrgeizige, habsüchtige Männer stehen, die nur durch Vergrößerung ihre Leidenschaften befriedigen wollen. Bekannt mit ihrer Staatskraft suchen sie dieselbe zu Befriedigung ihrer Leidenschaften anzuwenden, und kommen oft entweder aus Blindheit oder durch unvorhergesehene Zufälle in einen weit tiefern Staats-Aufwand, als die Staatskraft ordentlich zu tragen vermag. Sind aber auch an der Spitze großer Staaten ganz leidenschaftslose und nur für das Wohl ihrer Nation bedachte Männer, so zwingt sie der Ehrgeiz und die Habsucht anderer Staaten zu einer immer fertigen Rüstung, zu stehenden Heeren und also zu eben diesem Aufwande. Sie sind es der Erhaltung ihres Ansehens schuldig, um nicht selbst Gefahr zu laufen, ein Raub ihrer ehrgeizigen Nachbarn zu werden. So war es Ludwig der Vierzehnte von Frankreich, welcher durch seine unbegrenzte Vergrößerungs-Sucht die andern

Mächte Europas in die betrübte Nothwendigkeit versetzte, durch aufrecht stehende Heere, die er sich selbst anschaffte, seiner Leidenschaft Einhalt zu thun, und sich von der Gefahr, unterdrückt zu werden, zu befreien. Dafs dieses einen fürchterlichen Staats - Aufwand verursachte, kann nur derjenige wissen, welcher sich damit beschäftigt hat, die Ausgaben, welche ein stehendes Heer kosten, zusammen zu rechnen.

Kleinere Staaten, welche in ihrer Kraft und in ihrem Ehrgeize beschränkt sind, haben die grofsen stehenden Heere nicht nöthig. Ihre Staatsklugheit rath ihnen, sich an einen mächtigen Staat anzuschliessen, welcher ihnen ihren öffentlichen Zustand garantirt. Ihre Lage, die Umstände der allgemeinen Staatspolitik und deren Gleichgewicht zeigt ihnen die gröfsere Macht, an welche sie sich anschliessen müssen. Eben diese kleinere Staaten können nun, weil ihr Einfluss in das allgemeine politische System unbedeutend ist, sie also den sonst dazu erforderlichen Aufwand ersparen können, unter der Garantie des mächtigern Staates ihre Einrichtungen für den National - Wohlstand desto ungehin-

derter und zweckmäßiger treffen. Sie können sich deswegen auch nicht durch ihre äußern Verhältnisse mit andern Staaten zu einem großen Aufwande für die äußere Sicherheit gezwungen finden. Nur in dem Falle, wenn der größere Staat, an den sie sich angeschlossen haben, große Forderungen an sie macht, haben sie keinen Vortheil davon, denn diese Forderungen können eben die Summe ersteigen, welche der stehende Soldat ihnen verhältnißmäßig verursacht, oder wenn er ihnen auch eine bestimmte Menge stehenden Militärs zur Bedingung macht. Uebrigens ist sowohl in großen als kleinen Staaten der stehende Soldat, besonders in Friedenszeiten und sein kostender Aufwand, wenn er dem Verhältnisse des reinen Einkommens der Bürger zweckmäßig angepaßt ist, kein so großes Uebel. Die verzehrende Klasse wird durch ihn vergrößert, und die National-Gewerbsamkeit findet mehr Absatz, wird also befördert. Ist aber das stehende Militär in ungleichem Verhältnisse mit dem reinen Einkommen der Bürger, und übersteigt es den ordentlich bestimmten Aufwand, so, daß der allgemeine Wohlstand darunter leiden muß, wie

es die gegenwärtige Epoche der Staatspolitik mit sich zu bringen scheint, so ist der stehende Soldat ein sehr ruinirendes Uebel, welches dem National-Gewerbe eine Menge Hände entzieht, dessen schreckliche Folgen bald oder spät gewiß ausbrechen müssen, und gewöhnlich ein fürchterliches Ende nehmen.

Die Fortsetzung eines solchen Aufwandes für die äußere Sicherheit, welcher so ungeheure Summen verschlinget, ist für eine lange Dauer unmöglich. Es muß endlich von selbst aufhören, und so kann diese Unmöglichkeit der Fortsetzung die entfernte Hoffnung, wo nicht zu einem ewigen, doch wenigstens zu einem langen Frieden, nicht als Postulat der Vernunft, sondern als eine Unmöglichkeit der Fortsetzung, hervorbringen.

Betrachten wir nun den Staats-Aufwand von der Seite der innern Sicherheit, so hat der Bürger dreyerley Arten von Abgaben zu leisten. Die Eine beziehet sich auf die allgemeinen öffentlichen Anstalten, welche sich unmittelbar aus dem Zwecke des Staats herleiten, und die Würde und das Ansehen der Regierung, die

Justiz und Polizey - Pflege, und die Erhaltung der dazu nöthigen Diener ausmachen. Die andere begreift die Sicherheits - Polizey der einzelnen Orte, die Orts - Polizey, welche die Bürger jeder Gemeinde für sich allein zu bestreiten haben, und die dritte Art umfaßt diejenigen Ausgaben, welche der Staat auf die Hülfsmittel zur Beförderung des Gewerbs und Handelsfleisses, also mittelbar zum Behufe des National - Wohlstandes, anwendet.

Was nun die Würde und das Ansehen der Regierung oder der obersten Gewalt betrifft, so ist deren anständige Erhaltung in der Natur der gesellschaftlichen Verbindung selbst gegründet. Der Suverän, als solcher, muß schlechterdings das Recht haben, zuerst seine Bedürfnisse von dem Staats - Einkommen weg zu ziehen, da er neben der schweren und drückenden Last der Regierung nicht noch für seine eigenen Bedürfnisse sorgen kann. Unter diese Bedürfnisse rechne ich auch diejenigen, welche zur Erhaltung der Würde und des Ansehens des Staates gehören. Aber er hat nicht das Recht ungeheure Verschwendungen zu machen. Das Staats-

Einkommen, welches ihm die Bürger aus ihrem Eigenthume, aus den Früchten ihres Fleißes, aus dem Schweisse ihres Angesichtes, entrichten, muß ihm ein Heiligthum seyn, das er nur, wieder für ihre Wohlfahrt anzuwenden, schuldig ist. Ein Staats-Einkommen, welches die Bürger ihm nur im unbegrenzten Vertrauen einer rechtlichen und weisen Verwendung und zur Erzielung des letzten Staatszwecks, der allgemeinen Wohlfahrt, abgeben! Willkürliche Verwendung der öffentlichen Staats-Gelder, welche ein Suverän je nach seiner Leidenschaft, ohne auf den Staatszweck Rücksicht zu nehmen, macht, ist eine offenbare Ungerechtigkeit, und heißt, sich an den sauer erworbenen Früchten des Fleißes einer Nation vergangen. An Mätressen und *Lieblinge* ungeheure Summen verschwenden, heißt einen Diebstahl an der Nation begehen. Wenn aber der Suverän die allgemein anerkannten großen Verdienste eines Mannes belohnet, welcher dem Staate große Dienste und Nützlichkeit geleistet, so handelt er weise und gerecht; denn geleistete Dienste belohnen, heißt zu künftigen aufmuntern. Uebrigens muß der Bürger demjenigen, in dessen Händen die ober-

ste Gewalt sich befindet, Weisheit und Gerechtigkeit genug zutrauen, um die Staats-Einkünfte nur für das zu verwenden, was für die allgemeine Wohlfahrt nothwendig und nützlich ist.

Obgleich Smith den Aufwand für die Justiz- oder Gerechtigkeits-Pflege nicht unter die Kategorie der allgemeinen öffentlichen Ausgaben gezählt wissen will, sondern behauptet, es müsse jeder Bürger nur nach demjenigen Verhältnisse zu denselben beitragen, als er sich der Justiz-Pflege bedienet, so bin ich für meinen Theil einer ganz andern Meinung. Smith's Grundsätze gehen also dahin, daß der Richter von den Sporteln aus der Gerechtigkeits-Pflege, also für gemachte Untersuchungen und ertheilte Urtheils-Sprüche, sich bezahlt machen soll. Er glaubt, diese Einrichtung diene zur Aufmunterung größern Fleißes und zur Verminderung der Prozeße, und ich glaube das Gegentheil. Es ist in der Erfahrung gegründet, daß eine solche Einrichtung der Sporteln nicht nur zu ganz zwecklosen Formalitäten, sondern auch zu ausserordentlichen Weitläufigkeiten Anlaß gebe, deren Ende beinahe nicht zu erwarten ist. Sie ist der erste Schritt zu Verkaufung des Rechts an den Meist-

bietenden, wo der Arme immer verliert und der Reiche gewinnt. Wie würde es da mit dem rechtlichen Zustande einer Nation aussehen? Dies hiesse den Zweck des Staates, welcher in der Sicherheit der Person und des Eigenthums besteht, mit Gewalt unterdrücken. Nicht nur die äußere allein, sondern auch die innere Sicherheit ist der Zweck der gesellschaftlichen Verbindung. Zu diesem Zwecke geben die Bürger den dazu nöthigen Aufwand aus ihrem Eigenthume, und von diesen Abgaben ist der Staat schuldig, die gehörigen Anstalten für die Gerechtigkeits-Pflege zu treffen. Wenn also diese Anstalten, worunter ich auch die Besetzung der Stelle eines Richters zähle, von den Bürgern bezahlt werden, mit welchem Rechte kann man die doppelte Bezahlung der Gerechtigkeits-Pflege fordern? Recht hat der Suverän keines dazu, nur einen Scheingrund, nemlich den, daß er glaubt, die Prozeßlustigen durch die Bezahlung der Sporteln, bei deren Einziehung man gewöhnlich sehr strenge ist, von dem Prozeßsiren abzuhalten, und dadurch die Prozeße zu vermindern. Die Erfahrung beweiset gerade das Gegentheil, denn, wo Richter und Advokaten von den Spor-

teln leben müssen, da sind gewiß die meisten Prozesse, weil sie jede Kleinigkeit in ihre Formalitäten schmieden und zum förmlichen Prozesse machen, welche von einem besoldeten Richter in instanti abgethan wäre. Nur ein Streit, welcher zweifelhaft ist, soll zu einem Prozesse zugelassen werden, wo aber der Richter von der Wahrheit der Sache überzeugt ist und den Zweifel heben kann, soll er keinen Prozeß erlauben; aber wo der Richter von den Sporteln leben muß, wird auch eine nicht zweifelhafte Sache dem weitläufigen Formalitäten-Gange eines Prozesses unterworfen. Die Einrichtung, wo der Richter besoldet ist, aber die Sporteln alsdann für die öffentliche Staats-Kasse einziehet, ist etwas gemäßigter, und wird es noch mehr, wenn Kleinigkeiten und unbedeutende Streifigkeiten bei der ersten Instanz summarisch behandelt werden. Unter den Anstalten für die Gerechtigkeits-Pflege, als Zweck des Staates betrachtet, welche also von den öffentlichen Abgaben der Bürger bestritten werden sollen, können füglich auch die Stellen der Advokaten verstanden werden; auch diese sollten von dem Staate bezahlt werden, und dann gehalten seyn, den Partheyen

unentgeltlich, oder nur in einer geringen Taxe zu dienen. Wäre es überhaupt nicht besser, wenn die Partheyen eine taxmäfsige Summe von jedem Prozesse in eine Sporteln-Kasse legen müßten, wovon alsdann die Advokaten bezahlt würden? Diese sollten sich nie von den Partheyen selbst befriedigen lassen dürfen, weil manche Parthey sehr übernommen werden kann, und öfters in Weitläufigkeiten und in die Länge gezogen wird; auch sollte jeder Advokat, welcher einen Prozeß verliert, nur die Hälfte oder zwey Drittheile der festgesetzten Taxe seines Verdienstes bekommen; oder man machte zweyerley Taxen, eine höhere und eine geringere, die höhere könnte derjenige Advokat erhalten, welcher den Prozeß gewinnt, und die geringere Taxe der verlierende, um den Fleiß eines jeden dadurch zu ermuntern. Wenn wir übrigens auch ganz von der Prozeßlustigkeit und den Sporteln absehen, so entstehet dennoch die Frage, ob der Bürger freye Justiz fordern könne, oder nicht? Sehen wir auf den Zweck des Staates, welcher die Sicherheit der Person und des Eigenthums zum Grunde hat, so wird es nicht mehr zweifelhaft seyn können. Da Sicherheit der Zweck der

Staats - Verbindung ist, so muß der Souverän, welcher von dem Beitrage der Bürger die Anstalten für den Staatszweck machen soll, auch die Anstalten für die Gerechtigkeits - Pflege einrichten, und weil die Bürger alle nöthigen Anstalten von ihrem Eigenthume bezahlen, so können sie mit Recht freye Justiz - Pflege verlangen. Für die Sicherheit der Rechte eines jeden Bürgers muß gesorgt werden, denn dieses ist Zweck des Staates, und wenn für diese nicht gesorgt würde, so könnte kein Staat als Staat existiren, oder der Grund der Staats - Verbindung müßte aufhören. Die Justiz - Stellen würden in einem Staate existiren müssen, wenn es auch keinen Prozeß gäbe, um in dem sich einmal ereignenden Falle einen Prozeß schlichten zu können.

Eben so müssen die Anstalten für die Polizey - Gegenstände eines Staates von den öffentlichen Abgaben der Bürger errichtet werden, weil es Zweck der Staats - Verbindung ist, und also mit zu der innern Sicherheit gehöret. Die innere Sicherheit überhaupt beruhet auf zwey Bedingungen. Sie sind: die öffentliche und die Privat - Sicherheit. Der Zustand, worinnen der ganze

Staat nichts zu befürchten hat, ist die öffentliche, und derjenige, worinnen ein einzelner Bürger vor jedem andern sicher ist, die Privat-Sicherheit. Die öffentliche und Privat-Sicherheit concentriren sich in dem Begriffe der allgemeinen Wohlfahrt. Diese hat die Einheit der Kraft, des Willens und des Endzwecks zum Grunde. Alle drey Einheiten sind durch die Unterordnung der einzelnen den allgemeinen bedingt. Das Zusammenwirken aller drey Einheiten zur allgemeinen Wohlfahrt ist Sache der Polizey; daher gehören ihre Anstalten als Mittel zum Staatszwecke mit unter diejenigen öffentlichen Anstalten, welche von den öffentlichen Abgaben der Bürger bestritten werden müssen. Die Polizey zerfällt in drey Theile, nemlich in die hindernde, strafende und die befördernde Polizey. Die Polizey-Anstalten des Staates müssen also zuerst auf die Hinderungs-Mittel der Unsittlichkeit, der Laster und Verbrechen, wenn diese aber dennoch begangen werden, auf die Straf-Mittel gerichtet seyn; die Beförderungs-Mittel wirken mittelbar auf die Staats-Wohlfahrt, z. B. durch Religions- und Erziehungs-Anstalten. Die Anstalten der Hinderungs- und Straf-Mittel fließ-

sen unmittelbar aus dem Staatszwecke, die Beförderungs-Mittel hingegen sind nur eine mittelbare Tendenz desselben. Ob sie gleich nicht unmittelbar aus dem Staatszwecke fließen, so müssen sie doch zum öffentlichen Gegenstande gemacht werden, doch so, daß es mit großer Behutsamkeit geschieht.

In Religions-Sachen kann sich der Souverän oder die oberste Staatsleitung kein anderes Recht anmassen, als das der Oberaufsicht, welche sich nur dahin erstreckt, daß nichts gegen die allgemeine Sicherheit, also gegen den Staatszweck gelehret und geprediget werde. Unmittelbare allgemeine öffentliche Abgaben für die Religions-Anstalten können nicht wohl von der Gesamtheit der Bürger erhoben werden, besonders, wo es getheilte Religions-Sekten in dem Staate giebt. Der Katholik kann nicht für die lutherische und reformirte Kirche und so umgekehrt keiner für die der andern bezahlen. Nicht der Jude für die christliche Kirche. Jede Sekte ist aber doch verbunden, ihre Religions-Anstalten für ihre eigene Kirche zu bezahlen, weil die Folgen unmittelbar auf die Wohlfahrt des Staates, also auf

den Staats-Endzweck, wirken. In die freye Religions-Ausübung muß sich die Oberaufsicht nicht mischen, noch weniger Zwang dazu auflegen. Je nachdem sich eine Anzahl Bürger von gleicher Religions-Sekte zu einer kirchlichen Verfassung zusammen begeben will, je nachdem mögen sie auch die Kosten für die Anstalten derselben tragen. Eine strenge Hierarchie ist gegen die Gewissensfreiheit. Dieser darf in Glaubens-Sachen nicht zu nahe getreten werden, und alle Unterthanen müssen in Glaubens-Sachen frey seyn.

Westphäl. Friede. Art. V. §. 48.

Jo. Jac. Moser Diss. de officio principis circa religionem et salutem aeternam civium.

Gerh. Noodt de religione ab Imperio jure gentium libera.

Selbst der sogenannte Unglaube, welcher zwar nach den kanonischen Rechts-Verordnungen sehr strenge genommen wird,

Just. Hen. Boehmer Diss. de jure sacro et profano circa infideles.

wird von dem protestantischen Kirchen-Rechte nicht mehr als Verbrechen angesehen, sondern

die Anhänger gehören zu den Unterthanen und genießen das gemeine Privat-Recht.

Pertsch in Elem. jur. can. L. IV. tit. 3.

§. 287. 288. 290.

Ich halte selbst die Abhängigkeit der Geistlichen von ihren Pfarr-Untergebenen für eine gute Sache, weil sie sich mehr bemühen werden, für die geistliche Bildung derselben zu sorgen, und sich alle Verfolgung durch ihr Betragen vom Halse zu schaffen.

Der Aufwand für die Erziehungs-Anstalten scheint eigentlich auch nicht eine unmittelbare Pflicht zu Tragung der Kosten der Gesamtheit der Bürger zu seyn, doch wegen ihrer Allgemeinheit und ihrem Nutzen zur Erreichung des Staatszweckes mehr, als der vorige Gegenstand. Der sittliche Unterricht und die Wissenschaften verbreiten am ehesten und reichlichsten den Nutzen für die Staatswohlfahrt, und ihre Unterlassung hat zu wichtigen Einfluss in die sittliche Kultur, als dafs der Suverän sie nicht zu einem größern Gegenstande seiner Aufmerksamkeit machen sollte; aber auch hierinn muß eine weise Modifikation Statt finden. Der Zweck des

Staates, die Sicherheit, schränkt die Ober-Aufsicht nur dahin ein, zu verhüten, daß keine Sätze gegen die Sicherheit gelehrt werden, der Unterricht im Ganzen muß der Konkurrenz überlassen bleiben. Es versteht sich übrigens von selbst, daß, sobald von untern und Landeschulen die Rede ist, die in dem gemeinen Leben nöthigsten Wissenschaften, z. B. Lesen, Schreiben, Rechnen, die Pflichten der Moral und gegen den Staat, nicht unterlassen werden dürfen. Die Allgemeinheit, da auf jeden Bürger Kinder gerechnet werden können, und der so wichtige Einfluß auf die Beförderung des Staatszweckes macht, daß öffentliche Schulen nicht wohl entbehrt werden können, besonders wenn man die arme Klasse der Bürger in Rücksicht zieht, welche das Unvermögen abhalten würde, Theil an dem nothwendigen Unterrichte zu nehmen. Eine Modifikation muß aber auch hierin wieder in so fern Statt finden, daß die reichere Bürger-Klasse ihre Kinder durch Privat-Unterricht bilden lassen kann, welcher, was man auch darüber gesagt und geschrieben, doch immer die beste und nützlichste Methode bleibt.

Der Aufwand für die Erziehungs-Anstalten kann daher wegen der Allgemeinheit und dem grossen Einflusse auf die Staats-Wohlfahrt immer zu den öffentlichen Staats-Ausgaben gerechnet werden. Wenn auch diejenigen Bürger, welche keine Kinder haben, und also des Unterrichtes entbehren, schon daran mit bezahlen müssen, so ist es dennoch billig, weil der Privat-Vorthail des Einzelnen dem des Staates immer untergeordnet bleiben muß. Da wir nun den Aufwand für die Erziehungs-Anstalten in so weit ausgemittelt haben, daß er füglich mit zu den öffentlichen Ausgaben des Staates gerechnet werden kann, so bleibt uns noch eine wichtige Frage zu untersuchen übrig, über welche wir, ob sie gleich nicht unmittelbar zu unserer Absicht gehöret, nicht hinausgehen können. Sie ist nemlich diese: Wie die Bezahlung und Versorgung der Lehrer und Erzieher seyn soll? Wir müssen hier zwey sehr achtungswürdige Männer hören, die einander gerade entgegen sind. Der vortreffliche Schotte Smith behauptet: Es sey ein wahres Verderben für den Unterricht, wenn man den Lehrern fette Besoldungen gebe, sie würden faul und träge, bekümmerten sich

nichts um den Unterricht, sondern könnten in Ruhe und Bequemlichkeit ihre gute Bezahlung verzehren. Der Unterricht werde zu einem Zwang- und Innungs-Wesen und alle Unterrichts-Monopole seyen verderblich.

Man müsse die Einrichtung so treffen, daß sich die Belohnung nach dem Fleiße und der Geschicklichkeit richte, und schlägt zu diesem Behufe ein Honorarium oder Schulgeld, als das beste Mittel, dazu vor. Der schätzbare Herr von Sonnenfels hingegen behauptet gerade das Gegentheil. Wir wollen ihn selbst darüber hören; Er sagt nemlich in dem ersten Theil seiner Grundsätze der Polizey, Handlung und Finanz. §. 82. Pag. 103.

„Da die Wissenschaften als ein Mittel zur
„Bildung des Verstandes und der Sitten dem
„Staate wichtig sind, so kann der Regent
„die Merkmale der Achtung gegen diesel-
„ben nie zu sehr vervielfältigen. Als ein
„Zeichen dieser Achtung muß man es be-
„trachten, daß die hohen Schulen, um sie
„in den Augen des Volkes desto ansehn-
„licher zu machen, durch Vorrechte und

„Befreyungen unterschieden werden, z. B.
„mit einer eigenen Gerichtsbarkeit. Allein
„diese Befreyungen müssen nicht so weit
„ausgedehnt seyn, daß sie dem Endzwecke
„der Wissenschaften selbst entgegen stehen,
„und nur die Zügellosigkeit der studiren-
„den Jugend zu unterstützen fähig sind. Die
„Nachsicht der Lehrer, welche zugleich dem
„Akademie - Magistrat ausmachen, ist viel-
„leicht die eigentlichste Quelle der übeln
„Sitten, wovon die Universitäten, beson-
„ders so manche protestantische, beschrieen
„sind. Diese Nachsicht kommt daher, daß
„die Lehrer ihres Unterhalts wegen von dem
„Honorarium der Schüler abhängen. Da-
„durch sind sie gewissermaßen gezwungen,
„nachsehender zu seyn; denn der Zuhörer
„würde die Strenge des Lehrers durch seine
„Entfernung gleichsam bestrafen können.
„Derley Betrachtungen hören auf, wenn die
„Professoren ihren Gehalt aus den Händen
„des Staates zu empfangen haben. Auch
„die Hauptstädte scheinen dem Endzwecke
„der Akademien weniger günstig, als Mit-
„tel- und Landstädte, wo die Gelegenheit

„zu Zerstreuungen seltner, das Ansehen der
„Akademie-Regierung weniger unterdrückt,
„und unter der studierenden Jugend eine
„mehrere Gleichheit einzuführen ist.“

Wenn man nun die Meinungen dieser zwey Männer besonders betrachtet, so hat jede ihre gute und schlimme Seite, und man kann hier keine definitive Entscheidung festsetzen, so lange sie nicht durch die Erfahrung ausgemittelt ist. Alles, was man hier thun kann, ist, die aus jeder Meinung entspringenden Folgen durchzulaufen, und sich für diejenige zu erklären, auf deren Seite sich der grössere Vortheil für den Zweck der Erziehung hinziehet.

Würde man nach Smith's Behauptung die Lehrer schlecht besolden, oder sie gar nur von dem Honorarium leben machen, so wären die ersten Folgen diese: dafs keine talentvolle Subjekte, sondern nur solche sich dem Erziehungs- und Lehr-Stande widmen würden, welche sich für jeden andern Stand untüchtig fühlten, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob sie auch für diesen Stand, welcher doch eigentlich brauchbare Männer erfordert, die gehörige Tüchtigkeit

haben. Der Staat selbst würde aus Mangel der guten Subjekte auch mit den schlechten vorlieb nehmen müssen, weil er doch diesen Staatszweig nicht ganz vernachlässigen kann. Die zweyte und die übrigen Folgen müßten nothwendig diese seyn: daß schlechte Erzieher und Lehrer nichts Gutes hervorbringen und der Zweck des Staates, die allgemeine Wohlfahrt, nie erreicht, noch weniger weitere Fortschritte gethan werden könnten. Die Kultur der Wissenschaften würde ewig auf der untersten Stufe stille stehen und mit dieser auch die Staats-Wohlfahrt; denn nur Männer, welche durch gute Erziehung und zweckmäßigen Unterricht talentvoll gebildet worden sind, können die Fortschritte der Staats-Wohlfahrt leiten und hervorbringen. Wo also das Talent nicht geweckt wird, da bleibt es schlafen und erstirbt endlich. Freylich faul und träge dürften die Lehrer nicht seyn, welche schlecht bezahlt sind, denn sie müßten auf alle nur mögliche Mittel denken, ihre Subsistenz zu gewinnen, aber eben dieses müßte sie nothwendig auf andere Erwerbszweige leiten, daß sie selbst ihren Beruf des Lehr-Amtes darüber zurücksetzten, weil dieses sie so schlecht ernähret.

Aus diesem Grunde eben müßte der Unterricht zu einem Zwangs- und Innungs-Wesen führen, das sie nur mechanisch betreiben und froh sind, wenn sie ihre gegebenen Unterrichts-Stunden auf dem Rücken haben, um an ihre ergiebigeren Erwerbszweige schreiten zu können. Sind von ihren Schülern vollends von der Klasse der armen Bürger, welche keines oder doch nur ein geringes Honorarium oder Schulgeld entrichten können, so würde auf diese gar kein Fleiß gewendet und vielleicht öfters ein großes Genie unterdrückt, das dem Staate hätte vorzüglich nützlich seyn können. Nehmen wir nur einmal einen Dorfschulmeister. Was für ein Schulgeld können die Bauern einem solchen Manne geben? Müßte er, wenn er bloß allein vom Schulgelde leben sollte, nicht nothgedrungen auf andere Mittel, die seine Subsistenz sicherten, sinnen? Selbst, wenn er eine kleine schlechte Besoldung hätte, wäre er noch dazu gezwungen. Er müßte sich Güter anschaffen, und sie gleich dem Bauern anpflanzen, und diese würden ihn oft und viel dem Unterrichte entziehen. Diesem wollen wir aber auch einen akademischen Professor gegenüber stellen. Wenn ein solcher bloß allein von

dem Honorarium leben sollte, mit welchem Muth, mit welcher Thätigkeit könnte dieser seine Kollegia lesen, wenn ihn die Nahrungs-Sorgen drücken? die Konkurrenz mehrerer Professoren würde Haß, Neid, Mißgunst, Intriken und Kabbalen hervorbringen, weil jeder die meisten Zuhörer würde haben wollen, um viele Honoraria zu beziehen, oder, wenn er dieses nicht bezwecken könnte, so müßte er seine meiste Zeit auf Bücherschreiben verwenden, und seine Kollegia vernachlässigen. Es ist falsch, wenn man glaubt, daß der Schüler nur dem vorzüglichen, dem fleißigen Lehrer zulaufen, und man dadurch den Zweck des guten Unterrichts erreichen würde. Der Schüler, der erst lernen soll, kann die Kunst des Meisters nicht beurtheilen. Aber auch hier würde der Fall eintreten, daß sich große talentvolle Männer nie diesem Fache widmen würden, wenn sie so schlechte Vortheile davon sähen und hätten.

Wenn wir hingegen die Meinung des Herrn von Sonnenfels in Erwägung ziehen, so zeigen sich uns die entgegen gesetzten Folgen. Der talentvolle Mann widmet sich mit Vergnügen

und Eifer diesem so edlen und fruchtbringenden Gegenstande. Er weifs, dafs sein Fleifs, seine Mühe belohnt wird. Er sucht sich immer berühmter und nützlicher zu machen. Die Achtung und die gute Bezahlung, die man seinem Amte giebt, feuern ihn noch mehr an, und er kann seinem Studiren mit Ernste und ganz allein sich widmen, weil er mit keinen Nahrungs-Sorgen zu kämpfen hat. Ein Genie ist immer thätig, Talente lassen nie Ruhe zu, auch nicht bei der fetten Besoldung. Der Schüler lernt von einem grofsen Manne und von keinem schlechten Subjekte. Seine tief eindringende Weisheit und Lehre pflanzt sich auf den Schüler fort, erwecket in diesem Talente und bildet ihn zu einem tüchtigen und brauchbaren Mitgliede des Staates. Mit Recht sagt Herr von Sonnenfels, dafs die Nachsicht der Lehrer in der akademischen Jurisdiktion meistens von dem Honorarium abhängt, wenn der Lehrer nicht gut bezahlt sey. Diesem Uebel ist dann auch durch die bessere Besoldung abgeholfen. Betrachten wir diesen Gegenstand von der Seite des Rechts der Staats-Diener, das sie gegen den Staat selbst haben, so finden wir eine grofse Billigkeit und Gerechtig-

keit in der guten Bezahlung. Die Billigkeit, weil Mühe, Fleiß und Verdienst belohnt werden sollen; die Gerechtigkeit, weil der Mann, der sich dem Staats-Dienste widmet, und für den Staat arbeitet, so belohnt werden soll, daß er sich in seiner Jugend für sein und seiner Frau Alter, und für die Erziehung seiner Kinder so viel erwerben könne, um im Alter alsdann ohne Sorgen leben zu können. Einem Diener, wenn er alt ist und nicht mehr arbeiten kann, eine Pension geben, halte ich deswegen nicht für recht, weil er hätte in der Jugend so viel haben sollen, daß er durch seine Ersparniß keine Pension nöthig hat, und seine Wittwe keine braucht. Pension ist eine Gnadensache, man kann sie nicht de jure fordern, aber, wenn ich meine Kräfte dem Staate aufopfere, und für ihn arbeite, so kann ich Bezahlung dafür fordern und zwar de jure solche, daß ich mir für das Alter etwas zurück legen kann. Stirbt ein Staats-Diener in der Jugend, und hinterläßt Frau und Kinder, oder er wird durch Krankheit oder Unglück zur Arbeit unfähig, alsdann ist dies ein Fall der Gnade und der eigentliche Fall einer Pension,

Eben diese bisher geäußerten Grundsätze und Behauptungen lassen sich auch anwenden, wenn von Bestellung und Erhaltung der Staats-Diener die Rede ist. Der Suverän ist außer Stande, ohne Diener des Staates zu haben, die unendlich vielerley Justiz- und Polizey-Bedürfnisse allein zu besorgen. Er hat genug zu thun, wenn er nur die oberste Leitung und Aufsicht erfüllen und den Gang derselben in der Ordnung erhalten will. Er muß sich also Gehülfen dazu anschaffen, denn ohne diese wäre es nicht möglich, die Ausübung der öffentlichen Anstalten zu bewirken. Die Bestellung und Erhaltung der Staats-Diener fließet also von selbst aus der Natur des Staatszweckes; daher müssen auch die Bürger ihren Aufwand bestreiten, dessen Betrag also unter die öffentlichen Ausgaben gehöret.

Wir kommen nun an die zweite Art öffentlicher Ausgaben der Bürger, nemlich an diejenigen, welche sich aus der örtlichen Polizey ergeben. Unmittelbar aus dem Staatszwecke, als öffentliche Gesamt-Ausgaben betrachtet, fließen die Kosten der Polizey nicht. Da aber die

örtliche Polizey-Anstalten einen Theil der Staats-Polizey ausmachen, und zu der guten Ordnung der allgemeinen Polizey mit beytragen müssen, so sind sie allerdings unter die Schuldigkeit der Gemeinde-Mitglieder, als eine untergeordnete mittelbare Mitwirkung auf den Staatszweck zu rechnen, und der Staat hat das Recht, die Bestreitung der örtlichen Polizey-Anstalten von den Bürgern desselben Ortes zu begehren. Ein Staat ist gewöhnlich in Provinzen, diese in Aemter und die Aemter wieder in einzelne Orte eingetheilt. Jede dieser Eintheilungen hat ihre besondere Art Polizey-Anstalten, die in eben diesem Verhältnisse, wie alle örtliche Polizey-Anstalten, zu dem öffentlichen Aufwande gehören, und mit zu dem Ganzen der Staats-Wohlfahrt beitragen müssen. Es ist eine Kette, die so zusammen gehalten werden muß, daß auch kein Glied in derselben fehlen kann, ohne eine Zerrüttung in das Ganze zu machen; daher können sich die Bürger der Bestreitung derselben durchaus nicht entziehen, weil sie zu der Staats-Wohlfahrt in ihrer verhältnißmäßigen Richtung mitwirken.

Die dritte Art des Staats-Aufwandes beziehet sich auf die Hülfsmittel zur Beförderung des National - Wohlstandes. Diese Art von Ausgaben fließen nicht unmittelbar aus dem Zwecke der Staats-Verbindung, welcher nur Sicherheit der Person und des Eigenthumes zum Grunde hat; da aber National - Wohlstand die erste wohlthätige Folge der Sicherheit ist, und alle Mitglieder des Staates nur deßwegen die Forderung der innern und äußern Sicherheit machen, um ungestört ihren National - Wohlstand sich verschaffen zu können, so folgt von selbst, daß der erste Aufwand für die Anstalten zur Beförderung des National - Wohlstandes von den Abgaben der Bürger mit Recht gemacht werden könne. Er kann aber nur so gemacht werden, daß die Erhaltung der Anstalten sich von selbst bezahlt mache, und jeder Bürger, je nachdem er sich derselben bedient, auch nach diesem Verhältnisse zu den Kosten der Erhaltung beitrage. Z. B. die Anlegung der Posten und Märkte, die Bauung der Brücken, der Chausseen sind Beförderungsmittel für die Gewerbe und den Handel. Sie stellen die bequemere Kommunikation zwischen Käufer und Verkäufer her, und erleich-

tern dadurch den Absatz der erzeugten Natur- und Kunst-Produkte.

Der Beitrag der Benutzung dieser Anstalten soll aber nicht höher seyn, als gerade die Erhaltung derselben erfordert. Selbst der erste Aufwand kann nur defswegen eine allgemeine Anstalt des Staates seyn, weil das Unternehmen derselben die Kräfte einzelner Personen oder Klassen übersteigen würde, und der Konsument dieser Produkte, als der letzte Abnehmer, trotz dieses Aufwandes, dennoch dieselben wohlfeiler als zuvor erhält, also diese Anstalten für alle Bürger des Staates insgesamt wohlthätig und allgemein sind.

Wir haben bisher den Staats-Aufwand, welcher von den öffentlichen Abgaben der Bürger bestritten werden muß, gesehen. Es ist aber nicht genug, daß man nur den Staats-Aufwand, er mag so groß seyn, als er will, fest setze, sondern es muß ein Verhältniß gegen die Staats-Kräfte dergestalt beobachtet werden, daß die Einrichtung der Staats-Anstalten nicht das ganze reine Einkommen der Bürger wegnehme. Wenn der Bürger sein reines Einkommen für den

Staats - Aufwand ganz abgeben muß, so bleibt die Erhöhung des National - Wohlstandes ewig ein frommer Wunsch. Alle möglichen, auch die besten Anstalten für die Sicherheit und für die Beförderungs - Mittel sind vergeblich, wenn der Bürger seinen jährlich zurücklegenden Ueberschuß ganz an die Staats - Kasse abliefern muß. Stillstand wird immer bei allem Fleiße, bei aller Thätigkeit, das traurige Loos des National - Wohlstandes seyn. Ein einziger Anfall von Krieg oder nur Kriegszurüstungen, oder bei einer handelnden Nation die Epoche eines Passiv - Handels, wenn sie auch nur kurze Zeit dauert, wird selbst das Gleichgewicht des Stillstandes stören; und das Kapital der Bürger angreifen; und wo dies einmal der Fall wird, da ist der Verfall des National - Wohlstandes unvermeidlich. Seine traurigen Folgen müssen alsdann den Fleiß und die Thätigkeit der Bürger in Faulheit und Trägheit verwandeln. Der Grundsatz, daß eine Nation desto thätiger und emsiger sey, je mehr man sie mit Abgaben belege, ist ganz falsch und kann nur aus Irrthum und einem bürgerfeindlichen Herzen eines Finanz - Ministers oder eines solchen Regenten hervorkommen.

Die Erfahrung hat es schon längst bewährt, und beweiset es noch täglich, daß der Bürger, wo seine Abgaben ihm sein reines Einkommen wegnehmen, und er also bei allem Fleisse und bei aller Anstrengung seiner Kräfte nichts für sich bringen kann, aufhöret, thätig zu seyn, theils aus Mißmuth und theils, weil er nicht für sich, sondern nur immer alles für den Suverän arbeiten muß. Es ist aber auch gegen alle Gerechtigkeit, und heisset den Zweck der Staats-Verbindung ganz aus den Augen gesetzt. Mit Recht kann man von dem Bürger eines Staates nicht mehr fordern, als einen Theil seines reinen Einkommens, und diesen wird er auch mit Willen entrichten, wenn er siehet, daß bei dieser Einrichtung dennoch sein Wohlstand sich verbessert.

Es ist daher eine der ersten Regeln, den Staats-Aufwand in dasjenige Verhältniß zu setzen, daß er zu dem Theile der Abgabe aus dem reinen Einkommen des Bürgers sich so verhalte, damit er nicht nur davon kann bestritten werden, sondern auch noch eine jährliche Summe für unvorhergesehene Fälle übrig bleibe. Wel-

ches dann füglich zu einem Staats-Schaze kann gemacht werden. Ein solcher Staats-Schaz kann keiner Nation wehe thun, weil er nur aus einem Theile ihres reinen Einkommens nach und nach entstehet, und noch weniger wird er die Folgen des Geld-Mangels hervorbringen, wenn er wieder dergestalt zweckmäfsig verwendet wird, dafs er in Umlauf kömmt, und doch auch in nothwendigen Fällen gleich wieder bei der Hand ist. Uebrigens ist bei einer Nation, welche auf eine ansehnliche Stufe von Wohlstand und Reichthum gestiegen, und zu einem bedeutenden Handels-Staate geworden ist, der Staats-Schaz zu entbehren, weil bei täglich entstehenden Ausgaben der Reichthum der Handelsschaft schnelle Hülfe herbeischaffen kann. Wo hingegen der National-Wohlstand nicht in der Blüthe ist, wo Handel, Gewerbe und die Handels-Produkten noch sehr weit zurück sind, da ist der Suverän freilich genöthiget, auf unvorhergesehene Fälle einen Staats-Schaz zu sammeln; aber dieser Schaz wird sicher einer solchen Nation auch sehr wehe thun. Es gibt freilich auch noch Fälle, wo bei der Blüthe einer Nation doch Staats-Schaz nöthig ist. Wenn der Suverän eines kleinen Staates in

dem politischen Gleichgewichte eine bedeutende Rolle spielt, wenn er zu dem Ende immer ein großes gerüstetes Kriegsheer hält, wenn er an allen politischen Begebenheiten und Veränderungen Theil nimmt, und zwischen mächtigen Staaten liegt, gegen die er in jedem Augenblicke sein Ansehen geltend machen muß und will, so ist ihm schlechterdings ein Staats-Schatz nöthig. Der Preussische Staat unter Friedrich dem Großen und England können uns in beiden angeführten Fällen, als Beispiele, dienen. Der erste mußte nothwendig einen Schatz haben, und England braucht keinen, weil sein National-Reichthum so beschaffen ist, daß es alle Augenblicke große Summen bereit findet. Ueberhaupt muß man bei einem Staats-Schatze genau unterscheiden, in welchen Umständen, in welchen Verhältnissen eine Nation sich befinde. Sie kann im Wohlstande und doch nicht vermögend seyn, baare Summen in dringenden Fällen vorzuschiefen. Eine Nation, deren Beschäftigung vorzüglich in der Landes-Produktion bestehet, kann sehr blühend, aber keine baare große Summen vorzuschiefen im Stande seyn. Eine Handels-Nation hingegen, welche große und reiche Han-

dels -Kompagnien oder auch viele einzelne sehr reiche Kaufleute hat, die immer beträchtliche Summen baar vorräthig haben, macht einen Staats-Schaz entbehrlich. Die vielen Fälle, wo ein Staats-Schaz nöthig oder nicht, und wo die dringenden Umstände es gestatten, die Summen durch Anleihen zu bekommen, gehören nicht in diese Abhandlung, daher wir uns mit diesem begnügen; doch müssen wir noch eine wichtige Bemerkung beisezen: Wenn kein Staats - Schaz vorhanden ist, und der Staat in die Nothwendigkeit versetzt wird, in der Schnelle Summen aus dem National-Reichthume zu erheben, so ist es natürlich, dafs er diese Summen nur borgt, sie daher als aufserordentliche Ausgaben wieder auf die Bürger umlegt, und so dieselben nach ihrer Gemächlichkeit wieder durch Theilzahlungen entrichten läfset. Von diesen aufserordentlichen Ausgaben nun mufs man auf alle nur mögliche Art die erzielende und arbeitende Klasse der Staats-Bürger frey lassen; daher dürfen die gewöhnlichen Steuern nicht erhöht werden, weil diese Einrichtung eben diese Klasse mit treffen, und nach der Aeufserung Sully's in seinen Memoires den Staat zu Grunde

richten, und demselben auf künftige Zeiten die fruchtbarsten und so zu sagen die einzigen Erholungs-Mittel abschneiden würde. Hierzu blieben denn nun keine andere als solche Quellen übrig, welche auf ungewöhnliche oder neue Gegenstände gerichtet sind, und die erzielende und arbeitende Klasse, worunter ich das Landvolk, Handwerker, Tagelöhner, Dienstboten und dergleichen rechne, nicht unmittelbar treffen. Dergleichen Quellen können seyn: Vermögens-Steuern nach fest gesetzten Klassen, wovon die letzte oder die Klasse der Unbemittelten ausgeschlossen ist; Verzehrungs-Steuern, welche diejenigen Bedürfnisse ausschließen, die zu den ersten und nothwendigsten Lebens-Mitteln gehören; Pracht- und Luxus-Steuern, weil sie nur die reiche und vermögendere Klasse treffen. Da dergleichen Steuern nur auf einige Jahre und also vorüber gehend sind, so werden sie bei den bemittelten Klassen keine Veränderung verursachen, weil diese Klassen wegen einer nicht lange dauernden Auslage ihrer Gemächlichkeit und Gewohnheit nicht entsagen werden. Der Grund, warum man die erzie-

lende und arbeitende Klasse von den außerordentlichen oder nur in dringenden Fällen Statt findenden Abgaben frey lassen sollte, ist nun freilich kein anderer, als der: weil diese Klasse am wenigsten bemittelt, und ihr reines Einkommen nicht groß ist, so würde sie außer Stande seyn, den Vorschufs einer erhöhten Steuer machen zu können. Denn, obgleich diese Klasse sich an ihrem letzten Abnehmer oder dem Konsumenten entschädiget, so muß sie doch die Abgabe vorschiefsen und bei erhöhten Steuern würde sie es nicht aushalten können. Statt die Steuern zu erhöhen, lege man eher auf die Konsumtion, oder lasse die obigen drey angeführten Gegenstände einige Jahre länger dauern.

Bei den Staats-Ausgaben muß schlechterdings darauf gesehen werden, daß sie nie das reine Einkommen der Bürger ganz wegnehmen. Je mehr dem Bürger von seinem Ueberschusse übrig bleibt, desto größer vermehrt sich der National-Wohlstand, je mehr man also bei dem Staats-Aufwande mit Ersparnis zu Werke gehet, desto mehr behält der Bürger reines Ein-

kommen, das er alsdann wieder auf weitere Spekulationen anwendet und dadurch sein reines Einkommen vergrößert. Ist einmal der National-Wohlstand auf eine solche Stufe gekommen, so ist es dem Suverän nicht schwer, noch mehrere Beförderungs-Mittel, die unter die indirekte Klasse gehören, anzuwenden, um ein noch weiteres und schnelleres Fortschreiten des National-Wohlstandes zu bewirken. Hingegen kann der Suverän in keinem Falle, er mag heißen, wie er will, irgend eine Klasse oder einzelne Personen von der Beitrags-Pflicht zu dem Staats-Einkommen frey sprechen. Es giebt Klassen, z. B. der Adel, die Klerisey, die Gelehrten, welche sich das Recht anmassen, von dem allgemeinen Beitrage frey zu seyn; allein, da sie mit unter die Klasse der Staatsbürger gehören, so können sie sich auch nicht der allgemeinen Beitrags-Pflicht entziehen. Selbst der Suverän kann keinem Bürger, wenn es auch für dem Staate geleistete Dienste, als eine Belohnung, wäre, seinen Beitrag zu dem allgemeinen Staats-Aufwande erlassen, wenn er nicht denselben dem gemeinen Wesen entziehen will. Belohnen kann er, und die Belohnung ist billig

und recht, aber auf eine andere Art. Der Souverän hat hiezu viele Mittel in Händen. Eine Belohnung mit Freilassung von den Staats-Abgaben würde auf ewige Zeiten fortdauern, weil sie auf alle Erben, auf Kinder und Kindeskin-der fort liefe, und solche Erben oft und viel diese Wohlthaten nicht verdienen. Jede Aus-nahme von der Beitrags-Pflicht vermindert die Staats-Abgaben. Der Staats-Aufwand aber muß bestritten werden; daher fällt der Theil, der durch die Ausnahme an demselben abgeht, auf den übrigen Theil der Bürger, und dies wäre eine Ungerechtigkeit.

Wir haben nun gesehen, daß die Bürger denjenigen Staats-Aufwand, welcher unmittelbar aus dem Zwecke der Staats-Verbindung fließet, zu bestreiten verbunden sind; wir haben noch weiter gesehen, daß sie auch die Bezahlung derjenigen Anstalten, welche zwar nur mittelbar auf den Staatszweck wirken, aber doch zur ge-raden Erreichung desselben nothwendig sind, und ohne welche derselbe nie erreicht werden würde, zu tragen haben. Diese Staats-Bedürf-nisse erfordern nun Befriedigungs-Mittel.

Wir müssen daher die zweite Frage, nemlich: Wodurch sollen die Staats-Bedürfnisse bestritten werden, oder welches sind die Befriedigungs-Mittel der Staats-Bedürfnisse? vor uns nehmen, und sehen, wie es, immer in Rücksicht auf den Zweck der Staats-Verbindung, am zweckmäfsigsten und wenigst drückendsten geschehen könne, und welches die tauglichsten Quellen dazu seyen?

Die Kenntnifs der Staats-Bedürfnisse bestimmt den Staats-Aufwand. Der Staats-Aufwand kann nur nach dem Verhältnisse der Gröfse des Landes, des Bevölkerungs-Zustandes, der Kräfte und der Lage in Ansehung der äussern Sicherheit abgemessen werden. Die Abgaben der Bürger sind die Einkünfte des Staates; Alles Vermögen des Staates ist Eigenthum der Bürger und umgekehrt, alles Eigenthum der Bürger ist Staats-Vermögen. Diese beiden Sätze fallen in Eins zusammen. Die Gesellschaft hat ein Stück Landes als ihr Eigenthum eingenommen, das also ursprünglich ihr eigen gehört. Den Aufwand, welchen die gemeinschaftliche Verbindung nöthig machte, um den Staatszweck,

die innere und äussere Sicherheit, zu erreichen, mußte sie aus diesem ihrem Eigenthume bestreiten. Diese Bestreitung konnte auf zweyerley Art geschehen, wie wir schon erwähnt haben: Entweder überliefs sie dem Suverän so viel von ihrem Eigenthume, als zur Befriedigung der Staats-Bedürfnisse nöthig war, oder sie gab demselben aus ihrem ganzen Eigenthume so viel ab, als die Staats-Ausgaben erforderten. So entstunden Staats-Einkünfte oder Staats-Abgaben. Gewissheit der Staats-Einkünfte und ihre Dauer sind die vorzüglichsten Eigenschaften, welche die Hauptstützen der Staats-Wirthschaft ausmachen. Die Gewissheit der Einkünfte wird durch zwey Gegenstände bedingt, durch die Grösse und durch die Zeit. Die Grösse der Summe, welche die Staats-Abgaben nöthig machen, muß im Verhältniss mit dem reinen Einkommen der Bürger stehen, sie muß ungehindert und ohne Abzug eingehen; sie muß aber auch zur bestimmten Zeit eingehen. Auf beyde, die Grösse und die Zeit, muß sicher gerechnet werden können, wenn der Staat in seinem ordentlichen Gange nicht gestört werden soll. Die Dauer

der Einkünfte hängt von der Wahl der Quellen, aus denen die Staats-Bedürfnisse genommen werden, und von der Beytrags-Fähigkeit der entrichtenden Klassen, sie hängt aber auch auf der andern Seite von der gemäfsigten Bestimmung der Staats-Ausgaben und dem daraus folgenden National-Wohlstande ab. Die Gewifsheit und die Dauer müssen innig mit einander verbunden seyn; keine kann ohne die andere den beabsichtigten Zweck erreichen.

An der zweckmäfsigen Vertheilung liegt alles. Sie ist aber auch der schwerste und wichtigste Punkt, der die gröfsten und erheblichsten Folgen verursachen kann. Der Haupt-Grundsatz beruhet auf der Gleichheit des Beytrages eines jeden Bürgers nach dem Verhältnisse seines reinen Einkommens. Eben diese Gleichheit in der Vertheilung ist die gröfste Schwierigkeit, um keinem Bürger in jedem seinem Verhältnisse weder zu viel noch zu wenig zu thun und der Gerechtigkeit nicht zu nahe zu treten. Nur von dem reinen Einkommen soll der Bürger seinen Beytrag zu den

Staats - Ausgaben machen; aber eben die Bestimmung des reinen Einkommens ist die Haupt - Schwierigkeit. Schon der Begriff — reines Einkommen — ist zweyfach. Ein Mahl kann er denjenigen Ueberschufs bedeuten, welcher dem Bürger, wenn er sein angewendetes Kapital oder seine gemachten Auslagen wieder erhalten hat, übrig bleibt, oder auch denjenigen Ueberschufs, welcher dem Bürger nicht nur nach Wieder-Erhaltung der gehabten Auslagen, sondern auch nach Entrichtung der ersten und nothwendigsten Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie übrig ist. Nehmen wir dem Bürger, in der ersten Bedeutung des Begriffes, von seinem reinen Einkommen so viel weg, dafs ihm nur sein Kapital übrig bleibt, so bleibt sein Zustand nicht einmahl im Stillstande, weil er seine ersten Lebens-Bedürfnisse alsdann vom Kapitale nehmen mufs, sondern sein Zustand mufs sich nach und nach in Abnahme verwandeln. Lassen wir ihm aber nur gerade so viel von seinem reinen Einkommen, als seine ersten Lebens-Bedürfnisse betragen, so ist und bleibt er im Stillstande. Wenn wir aber wirklich National-Wohlstand erzielen wollen, so müssen wir

dem Bürger noch etwas an seinem reinen Einkommen, in der zweyten Bedeutung des Begriffes, übrig lassen, damit er im Stande sey, dieses übrig Gelassene wieder als Kapital anzuwenden, und sich nach und nach ein größeres Einkommen zu erwerben. Bei einer solchen Einrichtung ist der Staat im Fortschreiten zu einem größeren National-Reichthume. Auf den unendlich verschiedenen Verhältnissen beruhet hauptsächlich die Schwierigkeit, eine genaue Bestimmung des reinen Einkommens jedes einzelnen Bürgers heraus zu bringen. Die Schwierigkeit einer ganz genauen Bestimmung des reinen Einkommens wird so gar zur Unmöglichkeit, und es bleibt nichts übrig, als die Vertheilung der Auflagen so zu treffen, daß keine all zu große Fehler und keine große Ungleichheiten vorgehen; dergleichen seyn würden, wenn man Kopf- und Rang-Steuern festsetzen oder die ersten Lebens-Bedürfnisse in die Steuer legen wollte.

Die Ungleichheit des Vermögens, der Unterschied der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft und ihre besondern Verhältnisse werden

nie eine ganz genaue Bestimmung des reinen Einkommens und der daraus zu bezahlenden Staats-Abgaben erlauben; denn einer Klasse muß man doch auch einen standesmäßigeren Unterhalt zugestehen als der andern. Ein einzelner Bürger hat viele, ein Anderer weniger und ein Dritter gar keine Kinder zu ernähren. Der Letztere behält also nach Verhältniß mehr reines Einkommen übrig, als der Vorlezte, und dieser wieder mehr als der Erste. Ein Bürger hat ein dankbareres Gewerbe als der Andere; der Eine ist spekulativer, als der Andere. Ein Dritter hat mehr Bedürfnisse, als der Vierte, und so muß es eine Unmöglichkeit werden, jeden Bürger nach seinem reinen Einkommen zu schätzen. Die Einhebungs-Art und die Verschiedenheit der Steuern selbst vergrößern die Schwierigkeit einer gleichen Vertheilung der Abgaben. Herr von Sonnenfels sagt: „Die Verschiedenheit der Klassen, der Güter und Erwerbswege in einem Staate, macht die Verschiedenheit der Abgaben nothwendig, durch deren geschickte Vertheilung allein die mögliche wechselseitige Ausgleichung in den Entrichtun-

gen der Bürger geschehen kann.“ Es haben zwar diejenigen Schriftsteller, welche sich für das physiokratische System erklärten, vermöge welchem sie nur Eine Abgabe und zwar auf den Grund und Boden allein eines Staates gelegt wissen wollten, eine sehr gute Idee gehabt, und diese Idee, indem sie durch eine völlige Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freyheit begründet war, wurde dadurch ganz vortrefflich; allein sie ließen sich durch den Grundsatz, daß nur allein die Erde und ihr Anbau produktiv sey, irre leiten, und rechneten Handwerker, Manufakturisten und Kaufleute unter die sterile Klasse, welches dann, da es nach genauer Untersuchung als unausführbar nur in der Theorie blieb, offenbar falsch war, besonders wenn man die Eintheilung produktiver und unproduktiver Arbeit, und die Vernachlässigung des Einkommens aus dem Kapitale dabei in Betrachtung ziehet. Wir wollen noch einige andere Hauptsätze dieses Systems etwas näher betrachten; zuerst aber die Werke der wichtigsten Schriftsteller, die darüber geschrieben haben, hier anführen:

L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques,
par de R i v i e r e.

Mirabeau, Theorie d'impôt; Elemens de la
philosophie rurale.

Les nouvelles Ephémérides économiques.

Maximes générales du gouvernement économique,
de Q u è s n a y.

Condillac, le commerce et le gouvernement con-
siderés relativement l'un à l'autre.

Physiocratie; ou constitution naturelle du gouver-
nement le plus avantageux au genre humain.

Surgot, Recherches sur la nature et l'origine
des richesses.

Abregé des principes de l'économie politique, par
S. A. le Marggrave regnant de Bade.

Die Bestreiter dieses Systems sind ungefähr fol-
gende:

Arithmetique politique, par J o u n g.

Sur la circulation et le crédit.

Doutes modestes à l'auteur de l'ordre naturel, par
M a b l y.

Principes et observations économiques, de Fort-
b o n a i s.

Von Neugebauer und Trattenauer ins Deut-
sche übersezt.

Rétablissement de l'impôt dans son ordre naturel.

Deutsche Schriftsteller sind ungefähr folgende:

C. W. Dohm, kurze Darstellung des physiokratischen Systems gegen Herrn Mauvillon.

I. Mauvillon, Physiokratische Briefe an Dohm, oder Vertheidigung der wahren Staatswirthschafts-Gesetze, die unter dem Namen des physiokratischen Systems bekannt sind.

Le Trosne, Lehrbegriff der Staatsordnung; zwey Bände. Erster Band, oder Einleitung des von Herrn Quesnay erfundenen physiokratischen Regierungs- und Staatswirthschafts-Systems. Zweyter Band, oder Elementar-Werk vom Staats-Interesse u. s. w., worinn die Grundsätze des Herrn Condillak geprüft werden; aus dem französischen mit Anmerkungen übersezt von M. S. A. Wichmann.

v. Pfeifer, der Antiphiysiokrat, oder Untersuchung des physiokratischen Systems für eine allgemeine Freyheit und einer einzigen Auflage auf den reinen Ertrag der Grundstücke.

G. A. Will, Versuch über die Physiokratie, deren Geschichte, Litteratur, Inhalt und Werth.

Zwey Haupt-Grundsätze machen dieses System unanwendbar, sie sind nemlich diese: Wenn das physiokratische System realisirt werden soll, so muß 1) die produktive Klasse

oder die Klasse der Erzeuger der Landesprodukte im Stande seyn, die Auflagen für alle andere Klassen vorschiefsen zu können, und 2) eben diese Erzeuger müssen die Gewissheit haben, ihren Vorschufs vom Konsumenten sich wieder erstatten lassen zu können, also immer Meister vom Preise seyn.

Bei 1) muß man hauptsächlich die große Summe der Staats-Bedürfnisse in Erwägung ziehen, welche vorgeschossen werden soll von einer Klasse, welche an Gelde arm und an Waaren reich ist. Der Vorschufs an den Staat soll an Gelde und nicht an Waaren geschehen. Wie ist es möglich, daß eine geldarme Klasse eine solche Summe an Geld für alle Klassen vorschiefsen könne? Man kann hier nicht bloß allein die mächtigen und großen Güter-Besitzer, sondern man muß auch die kleinen, welche bei weitem den größten Theil ausmachen, in Betrachtung ziehen. Neben den Auslagen für den Unterhalt ihrer selbst, ihres Viehes und für die Anschaffung desselben, ihrer Werkzeuge u. d. m. möchte

diese Klasse, welche die Physiokraten allein die produktive nennen, in der That zu schwach seyn.

Bei 2), wo die Gewissheit des ganzen Absatzes nach den von dem Erzeuger geleisteten Auslagen und seines darnach berechneten Preises Statt finden soll, möchte dieser Satz auch die sich versprochene Wirkung nicht leisten. Es stehet in der Willkür des Verzehrenden, ob er mehr oder weniger verzehren will. Eben diese Willkür des Verzehrenden hindert den Erzieler, daß er Meister vom Preise sey. Die Nachfrage nach einer Waare bedinget den Preis. Ist sie häufig, so kann der Erzieler in dem Preise steigen; muß er aber bei großem Zusammenflusse die Waare anbieten, so kann er nicht Meister des Preises seyn, denn er muß verkaufen, der Preis mag seyn, wie er will, weil er die Abgaben bezahlen muß. Wie kann also der Erzeuger gewiß seyn, seine Waaren in dem Preise, welchen seine erhöhten Abgaben erforderlich machen, los zu werden?

Zwey Hauptvorthelle scheinen die Veranlassung zu dieser Idee gewesen zu seyn. Sie

sind: Ein zuverlässig bestimmtes Regulativ der Steuer-Erhebung, und die einfache Erhebungs-Art. Keine Abgabe kann gleicher und bestimmter erhoben werden, als die von liegenden Gütern. Sie bleiben alle Jahre eben dieselben und sind keiner Veränderung unterworfen. Eben defswegen ist auch ihre Erhebungs-Art so einfach, und verscheuchet alle Willkür. Diese Idee hatte zum Grundsatz angenommen, dafs, wenn man unmittelbar aus der ersten Hand die Abgaben erheben könne, man es nicht durch Umwege thun müsse, wie es von den meisten übrigen Auflagen nothwendig der Fall sey. Eine solche Auflage und Erhebung lasse allen Mitgliedern des Staates eine volle Freyheit, zu erwerben, und mache alle Nachforschungen und Vermögens-Untersuchungen ganz überflüssig. Es ist wahr, wenn diese Idee wirklich realisirt werden könnte, so wäre es vortrefflich, und ein Staat gewänne ausserordentlich dabei; wenn man auch nichts weiters, als die grofse Summe, welche die Erhebung, die Vernachlässigung und Veruntreuung kostet, dabei in Betrachtung ziehet. Da sich diese Idee nicht ausführen lässet, so müssen wir

schon auf der Verschiedenheit der Abgaben bleiben und sie, so viel immer möglichh ist, dem reinen Einkommen eines Jeden anzupassen, und nur grobe Fehler zu vermeiden suchen. Ein Mittel zu finden, durch welches das reine Einkommen, nach der unendlichen Mannigfaltigkeit der Erwerbungen, des Vermögens, des Unterhaltes, des Verdienstes und selbst der Klassen mit Gewissheit bestimmt werden könnte, wird immer ein frommer Wunsch bleiben und niemals erreicht werden. Die zweckmässigste Art der Bestimmung der Auflagen wird diejenige seyn: dafs ein jeder Bürger in jeder Klasse nach Wieder-Erhaltung seines angewendeten Kapitals und nach Entrichtung seiner nothwendigsten Lebens-Bedürfnisse noch einen Theil von seinem reinen Einkommen übrig behalte.

Es liegt aber auch noch neben diesem sehr viel an der zweckmässigen Einhebungs-Art der Abgaben. Wäre sie der Willkür der dazu aufgestellten Beamten überlassen, so würde sie sehr oft drückend werden. Man mufs die ganze

Schuldigkeit jedes einzelnen Bürgers in Theilzahlungen einziehen, und jede Theilzahlung auf diejenige schicklichste Zeit verlegen, wo dem Steuer-Pflichtigen gewöhnlich sein Einkommen eingehet; ferner muß noch durch ein gut eingerichtetes Rechnungs - Wesen allen Vernachlässigungen und Veruntreuungen vorgebeugt werden.

Man hat zwar schon vielerley Versuche von Einhebungs - Arten gemacht, allein die Erfahrung hat gezeigt, dafs nur die von dem Staate selbst unmittelbar veranstaltete die beste, zweckmäfsigste und am wenigsten drückendste Art sey. Die ehemals in Frankreich in Verpachtung gegebene Staats - Einkünfte haben nicht das Resultat gewähret, welches man sich von der Verpachtung versprochen hatte. Die Gewifsheit der Einkünfte hat hauptsächlich den Irrthum dieses Systems begünstiget, indem man die Einziehung derselben Pächtern um einen mäfsigen Gewinn überliefs, und auf die sichere Bezahlung rechnen konnte, weil die Pächter die Vorschüsse thun mußten; allein diese Erhebungs - Art kam nicht nur dem Staate theurer zu stehn, sondern sie war

auch dem Unterthan sehr drückend und setzte den Staat in die Gefahr, seinen Ackerbau, seine Handlung, kurz die ganze arbeitende Klasse zu Grunde zu richten und sich noch mehrere andere Gefahren dadurch zuzuziehen.

Um nun die tauglichsten Befriedigungs-Mittel der Staats-Bedürfnisse zu erfahren, müssen wir auf die Quellen selbst zurück gehen und sehen, welche, aber immer in Rücksicht auf den Staatszweck, die schicklichsten seyen, um eine so viel möglich vollkommene Gleichheit zu beobachten und nicht ungerecht zu werden.

Weiter oben ist schon berührt worden, daß es zwey Arten gebe, wodurch dem Suverän ein Einkommen zu Bestreitung der Staats-Ausgaben verschafft werden könne, nemlich: Entweder überlassen die Bürger dem Suverän zu diesem Behufe eigenthümliche Kapitale, wovon er das nöthige Einkommen ziehen kann, oder sie geben ihm aus ihrem Eigenthume das nöthige Einkommen ab. Beinahe in allen Staaten Europens aber werden beide Arten zugleich angewendet, denn neben den Kapitalen, welche

dem Suverän überlassen sind, als z. B. Domänen, Regalen, u. d. gl. tragen auch die Bürger aus ihrem Eigenthume bei, ja diese letztere Art ist bei weitem die allerbedeutendste, und die erste Art scheint kaum noch in Betrachtung gezogen zu werden. Unsere ältern Finanzlehrer hatten freylich den Grundsatz fest gesetzt, daß der Staats-Aufwand, wenn Domänen und Regale oder überhaupt die dem Suverän von den Bürgern überlassenen Kapitale nicht zureichen, erst alsdann durch Steuern supplirt werden soll. Ursprünglich und nach der Natur des Staats-Vereins betrachtet, hatten sie recht; denn das ganze Staats-Eigenthum gehöret dem Staate; sämtliche Bürger, unter welche dieses Staats-Eigenthum vertheilet ist, machen den Staat aus. Ihm haben die andern Bürger die Regierung des Staates übertragen, und ihm zugleich Kapitale überlassen, wovon der Staats-Aufwand bestritten werden soll, mit der Bedingung, wenn dieselben nicht zureichen, die Bürger alsdann aus ihrem weitem Eigenthume so viel zuschießen werden, als zur Bedeckung des Staats-Aufwandes noch erforderlich sey. Gegenwärtig aber ist es anders. Jetzt werden die dem Suverän überlas-

senen Kapitale gewöhnlich nur als Nebensache behandelt, und die Steuern und weitem Auflagen zur Hauptsache gemacht, woran freylich nichts anders, als die durch die jezt veränderten politischen Verhältnisse vergrößerten Staats-Bedürfnisse allein die Schuld sind. Betrachten wir nun das Staats-Einkommen nach der gemischten Art, wie es beinahe in allen Staaten Europens mehr oder weniger gewöhnlich der Fall ist, so haben wir ungefähr folgende Uebersicht der Staats-Gefälle:

I. Die dem Suverän überlassenen Kapitale,

sie sind:

1. Domänen,

2. Regale.

II. Steuern,

1. aus liegenden Gründen,

a) von Ländereyen,

b) von Gebäuden,

c) von aus Ländereyen gezogenen Produkten,

2. aus dem Gewinn von Kapitalen,

a) von stehenden Kapitalen,

b) von umlaufenden Kapitalen,

3. Rang- und Kopf-Steuern,

4. Konsumtions-Steuern.

III. Rückfälle an den Staat,

1. durch die Lehens-Verfassung,

2. durch die Fiskal-Erbfolge.

IV. Taxen.

V. Erhöhte oder neue Steuern, welche nur in dringenden Fällen und auf eine gewisse Dauer Statt finden, und wovon oben schon geredet worden ist.

Um nun mit diesen Befriedigungs-Mitteln der Staats-Bedürfnisse genauer bekannt zu werden, so wird nöthig seyn, diese Quellen näher und einzeln zu betrachten:

I. Die dem Suverän überlassenen Kapitale.

I. Domänen.

Domänen sind Landgüter, welche dem Suverän, als Suverän oder als Repräsentant

des Staates überlassen sind, um einen Theil der Staats-Ausgaben davon zu bestreiten. Ihre Benutzung kann auf dreyerley Weise bezweckt werden: Entweder läset sie der Suverän selbst unmittelbar bauen, oder sie sind von ihm an Pächter überlassen, oder er verwandelt sie in Bauerngüter und verkauft sie. Eine kurze Untersuchung dieser drey Benutzungs-Arten wird das Resultat an die Hand geben, welches die beste und vortheilhafteste sey.

In ehemaligen Zeiten waren die Domänen ein wahres Eigenthum des Staates, und bildeten damals die einzige Quelle des Staats-Einkommens. Sie wurden von dienstbaren Leuten besorgt, und von dem Ertrage wurden die Staats-Bedürfnisse bestritten. Damals war die Regierung bei weitem nicht so viel umfassend, als sie gegenwärtig ist, sie konnte daher auch nicht so viele Bedürfnisse nöthig haben, als jezt, wo die Vertheidigung gegen auswärtige Feinde einen so grofsen Theil des Staats-Aufwandes ausmacht. Allgemein läset sich annehmen, dafs jedes Gewerbe, welches der Staat unmittelbar auf seine Kosten besorgen läset, nie den Ertrag gewähren

wird, welchen Privat-Eigenthümer bei ihrer eigenen Besorgung heraus bringen; weil bei der Besorgung von Seite des Staates die dabei angestellten Personen niemals das Interesse haben, welches der Privat-Eigenthümer hat.

Große Ländereyen, dergleichen die Domänen gewöhnlich sind, besonders wenn sie von Staats- oder des Suveräns wegen bebaut werden, gewähren nie das Einkommen, was sie geben könnten. Sie erfordern zu viel Zugvieh, zu viel Gesinde und Dünger, sie sind weit schwerer zu übersehen, und, was das Wichtigste ist, die Dauer einer günstigen Witterung ist selten so lange, daß die große und oft ungeheure Anzahl Morgen gehörig in den Stand gestellet oder auch abgeerntet werden könnte. Aller Fleiß wird nie zureichen, eine so ergiebige Ernte zu erhalten, als kleinere Bauerngüter gewähren. Zu dem kommt öfters noch die schlechte Aufsicht oder gar die Veruntreuung des darüber gesetzten Beamten. Werden aber auch dergleichen Domänen verpachtet, so treten nicht nur die so eben angeführten Gründe ein, sondern ein Pächter, vorzüglich, wenn seine Pacht

nur kurze Zeit dauert, wird sich eben so wenig Mühe geben. Die Menge Felder hält ihn gleicher Gestalt ab, sie übersehen zu können. Werden aber auch die Domänen zu mehreren kleinern Theilen, wenn es sich thun lässet, verpachtet, so wird der Pächter gewifs nie die Verbesserungen vornehmen, als wenn er sein ihm bleibendes Eigenthum vor sich hätte; wenigstens nicht diejenigen Verbesserungen, davon er die angewendete Mühe und Kosten erst sehr spät wieder bekäme und vielleicht gar auf den Nutzen Verzicht thun müfste. Die vielen Remissions-Fälle bei verpachteten Gütern, das Unangenehme der dabei sich ereignenden Streitigkeiten und die *Casus insoliti et insolitissimi* sollten allerdings auch ein Beweggrund seyn, die Verpachtungen aufzugeben. Wenn wir diese und die noch weiters daraus entstehenden Inkonvenienzen und Nachtheile betrachten, so ergibt sich die auch bereits schon allgemein angenommene Meinung sehr natürlich, dafs die Verwandlung der Domänen in Bauerngüter die vorzüglichste Benutzungs-Art sey. Nicht nur eine bessere Kultur, sondern auch eine gröfsere Bevölkerung ist dadurch der Ge-

winn eines Staates, und mit dieser Bevölkerung auch eine grössere Verzehrung und ein grösserer Zuwachs an Kräften. Selten wird ein Staat ohne Schulden seyn, und wie gut kann er sich damit helfen, wenn er dergleichen Domänen an Privat-Eigenthümer verkauft. Durch bessere Kultur und Benutzung steigt der Ertrag, und der Staat kann mehrere Abgaben erheben, neben dem, daß überhaupt im Ganzen der National-Wohlstand ungemein viel gewinnt. Große zusammen gelegte Ländereyen sind immer ein Nachtheil, weil sie nie zu dem Ertrage gebracht werden können, welchen die kleineren Bauerngüter abwerfen. Wer mehr darüber lesen, und sich von der Wahrheit dieser Behauptungen überzeugen will, der bediene sich der kleinen Schrift:

Die Verwandlung der Domänen in Bauerngüter
als das beste Mittel zur Bevölkerung, Macht
und Reichthum eines Staates; von A. S. v. Z.
Strasburg, 1760.

Wenn man überlegt, was die Erhaltung der vielen wirthschaftlichen Gebäude, des Gesindes, selbst der Beamten und oft deren Veruntreuung-

gen betragen; was die nöthigen Reparationen an Schiff und Geschirr, die Tagelöhner zu Ernte-Heu- und Dreschzeiten kosten; wenn man ferner überlegt, um wie viel die Staatskräfte an Händen und der Staat selbst durch die vergrößerte Verzehrung an Gefällen gewinnt, so sollte man sich wundern, wenn nicht alle Domänen in kleinere Bauerngüter verwandelt, verkauft, und, im Falle auch den Käufer der ganze Kaufschilling auf einmal genirte, von demselben in kleineren Zahlungen nach und nach angenommen, oder, wenn es nicht anders seyn könnte, gar umsonst abgegeben werden. Zum Ruhme der gegenwärtigen Regierungs - Verfassungen kann man aber auch sagen, dass die meisten Staaten sich dieser Verwandlung ihrer Domänen in Bauerngüter zum grössten Theile bereits schon mit Nutzen bedienet haben, wovon sie, wie natürlich ist, den grossen Vortheil empfinden. Es hat übrigens auch nicht an Vertheidigern des Gegentheils gefehlet; so behaupteten z. B. die französischen Rechtsgelehrten zwar auch, dass die Domänen zu Bestreitung der Staats-Ausgaben bestimmt seyn; allein sie folgerten daraus, dass die Domänen, weil sie ein Staats-Eigenthum

seyen, nicht veräußert werden könnten, damit die Unterthanen nicht Gefahr liefen, allzusehr mit Abgaben belegt zu werden.

Grotius de jure belli et pacis, L. II. c. 6. nr. 11. sagt: Sunt patrimonium populi, cujus fructus destinati sunt ad sustentanda Reipublicae aut Principis dignitatis onera.

Diese Grundsätze wurden auch wirklich zu Ende des siebenzehnten Jahrhunderts und zu Anfange des achtzehnten in Deutschland eingeführt; allein ein Augustin von Leyser bewies die Unrichtigkeit derselben in seinem Werke:

De assentationibus Jurisconsultorum in doctrina de Domaniis, in Specim. 657. Vit. 1741.

Die Römer hingegen, welche ebenfalls solche Güter hatten, überlieffen dieselben an die Unterthanen gegen gewisse Zinsen und Abgaben, (Canones) und fuhren sehr gut dabey. Nichts desto weniger haben neuere Schriftsteller, als:

Joh. Arn. Reinhold. Ueber Vereinzelung der Domanialgüter, und einige einschlagende Materien 1792.

Frid. Ant. Reifsigl. Von Verstückung der Güter. Eine Abhandlung. Salzburg, 1792.

G. Ferd. Führer. Ueber die zweckmässigste, vortheilhafteste Benutzung der Domänen oder anderer Landgüter, mit Rücksicht auf deren Vertheilung. Hannover, 1797.

Ein ungenannter Land-Edelmann. Ueber die Zerschlagung der Rittergüter, besonders im Bayreuthischen. 1799.

mehr oder weniger gemässigt dagegen geschrieben, und allem aufgebothen, die Zerstückelung der Domänen und Rittergüter zu verhindern. Liest man aber dagegen

J. von Sonnenfels. Unterricht von Verwandlung der Kais. Königl. Domänen in Bauerngüter. Wien, 1772.

Desselben Abhandlung und Unterricht von Verwandlung der Kais. Kön. Domänen in Bauerngüter. Wien, 1773.

Die obige schon geuannte kleine Schrift. Strassburg, 1760.

H. Kampfhöfner. Beschreibung der Niederlegung der Königl. Domänen in Holstein und Schleswig. Kopenhagen, 1787.

K. A. Nöldchen. Oekonomische staatswirthschaftliche Briefe über das Nieder-Oderbruch und den Anbau der Domänen; nebst einer Situations-Karte des Oderbruchs. Berlin, 1800.

A. H. H a z e l. Briefe über die Wirthschaft grosser Landgüter und über die Ursachen des geringen Ertrages derselben. Heilbronn, 1796.

P f e i f e r s Finanz - Wissenschaft, Hptst. III.
Kap. 1. S. 69 — 73.

so wird man völlig überzeugt werden, dass die Verwandlung der Domänen, Ritter- und grossen Landgüter in kleinere Bauerngüter weit mehr vortheilhaft sey, und einem Staate mehr Kräfte, Macht und Wohlstand verschaffe.

Die Natur der Sache selbst spricht dafür; denn es ist sehr wahrscheinlich, dass derjenige Flächen-Inhalt, welchen ein Domänengut einnimmt, wenn es selbst gebauet oder verpachtet wird, nie die mehreren Familien aufnehmen kann, als wenn es in kleinere Güter zertheilt ist und als ein Eigenthum in bessere Kultur kömmt. Der Staat gewinnt an Bevölkerung, an Macht und an Kräften sehr viel. Sein innerer Gehalt an Quantität und Qualität nimmt zu und endlich muss National - Wohlstand daraus erfolgen.

2. Regale.

Obgleich alle nuzabwerfende Gegenstände eines Staates, wenn sie unmittelbar von dem Suverän benutzt werden, nicht diejenige Ausbeute gewähren, welche sie unter Privatbesitzern abwerfen würden, so giebt es doch auch Gegenstände in einem Staate, davon der Suverän die Benutzung übernehmen muß, sowohl wegen der Sicherheit, als auch weil sie die Zerstückelung in Privat-Antheile nicht wohl zulassen, ohne den beabsichtigten Zweck zu verfehlen, wie z. B. Posten, Münzen u. d. gl. Diese Gegenstände heißen die Regale. Mehrere Schriftsteller machen einen Unterschied zwischen Regalen des Fiskus und zwischen Finanz-Regalen; da sie aber keine bestimmten Grenzen gesetzt haben, und nun einmal der Suverän sich dieser Regale angemafst hat, so begnügen wir uns hier mit dem Begriffe, daß sie der obersten Gewalt vorbehaltene Rechte seyen, und wollen bloß die Haupt-Gegenstände derselben, worüber die Schriftsteller übereinstimmen, heraus heben. Sie sind: die Wälder, die Gewässer, die Landstraßen und die Güter unter der Erde.

Zu den Wäldern werden das Forst- und Jagd-Regal gerechnet. Das Forst-Regal ist von zu großer Bedeutung und von zu wichtigen Folgen, als daß es in Privat-Antheile zerstückelt seyn könnte. Ein einziger gemachter Fehler erstreckt sich gleich auf ein Jahrhundert, und dies muß immer ein sehr bedeutender Gegenstand seyn, weil nicht alle Privatpersonen die hinlanglichen Kenntnisse davon haben können. Dieses Regal muß als ein wahrer Polizey-Gegenstand von dem Souverän behandelt und geleitet werden, um ein so ganz unentbehrliches Bedürfnis für alle Bürger des Staates nicht der Willkür des Ungefährs, und sehr oft der Habsucht der Privathände zu überlassen. Aber auch der Souverän darf von der allgemeinen Unentbehrlichkeit dieses Regals keinen Mißbrauch machen. Das Jagd-Regal hingegen, welches von dem Souverän entweder als ein Gegenstand des Vergnügens oder eines ausschließlichen Nutzungs-Rechts gewöhnlich angesehen wird, sollte in keinem Falle existiren, weil es sowohl für die Wälder, als vorzüglich für den Feldbau, der für das nothwendigste Bedürfnis der Menschen ein Haupt-Gegenstand ist, sehr schädlich ist.

Zu den Gewässern rechnet man die zahme und wilde Fischerey. Diese sollte auch niemals ein Regal des Suveräns seyn, sondern immer als ein Gewerbs- und Nahrungs- zweig der Bürger angesehen werden. Da sich übrigens der Suverän ihrer einmal angemafst hat, so ist ihre Verpachtung das beste anzurathende Mittel.

Zu den Landstraßen können gerechnet werden, das Post- Recht, das Geleits- und Zoll- Recht. Die beiden erstern sind besonders für die Handlung sehr nützliche Anstalten, und für die Leitung des Suveräns sehr schicklich.

Zu den Gütern unter der Erde gehören das Salz- und Bergwerks- Wesen und das daraus sich ergebende Münz- Regal. Das Salz- Regal soll auch nie, als ein allgemein nothwendiges und unentbehrliches Bedürfnis der Menschen, zu einem Mißbrauche gemacht werden. Das Münz- Regal hingegen zu einem Gegenstande des Staats-Einkommens zu machen, heißt die Würde des Suveräns und das Zutrauen der Staatsbürger verletzen. Höchstens können die

Prägungskosten darauf geschlagen, aber es soll nichts weiter von dem innern Gehalte weggenommen werden. Diesen Grundsatz muß jedoch jeder Staat beobachten; denn wenn es nur Einer nicht thut, so werden alle andere zu gleichen Schritten dazu gezwungen, weil sie sonst in Schaden kommen.

Smith genehmiget, daß die Post und Münze dem Staate ein kleines Einkommen für die öffentlichen Bedürfnisse abwerfen, hingegen heist er alle Regale schädliche Monopole, die sich der Suverän anmasse und die der Natur des National-Wohlstandes zuwider seyen. Er wünscht die Regale, so wie jedes Gewerbe in den Händen von Privatpersonen gegen eine Abgabe an den Staat zu wissen, weil sie nie so gut den beabsichtigten Vorthail sowohl für den Suverän als für den National-Wohlstand gewähren, wenn sie von Seite des Suveräns benutzt werden. Nach unserm Ermessen muß man aber einen Unterschied machen zwischen Regalen, die eine Zerstückelung und Benutzung von Privatpersonen, und zwischen Regalen, die es nicht gestatten, auch zwischen solchen, die ganz entbehrt wer-

den sollten, und nur dem National-Wohlstande Hindernisse in seiner Fortschreitung entgegenstellen. Unter die erstere Gattung rechnen wir das Jagd-, Bergwerks- und Wasser-Recht; unter die zweyte, das Forst-, Geleits-, Salz- und Münz-Recht, jedoch das letztere ohne Bezweckung eines Gewinnes für das öffentliche Einkommen; und unter die dritte Gattung, das Mauth-Recht, Zoll-Recht, Accise-Recht u. dgl. m. Smith, und wir sind seiner Meinung, behauptet, daß die Abgaben für die öffentlichen Bedürfnisse eines Staates so viel möglich nur von dem reinen Einkommen der Bürger erhoben werden sollen.

Von der zweyten Gattung könnte auch noch das Postwesen, wenigstens der Transport in die erste gesetzt, und diesem zu Folge unter der Ober-Aufsicht des Suveräns durch Verpachtung in Privat-Hände gegeben werden. Aber so, wie es in Deutschland der Fürst von Taxis hat, bringt es jedem Lande wahrhaft groffen Schaden; denn das Geld, was die Posten in so reichlichem Masse eintragen, wandert ins Ausland und in die Kasse eines Fürsten, der es im Auslande verzehret.

Ein sehr bedeutender Gegenstand für diejenigen Regierungen, in deren Ländern diese Einrichtung Statt findet! Wenn auch dieser Fürst einen Pacht bezahlte, so würde er es nie ohne hinlänglich grossen Gewinn thun, und da das Geld von den Posten, also auch dieser Gewinn mit aus dem Lande gehet, so ist er für das Staats-Einkommen wahrer Verlust. Ist das Postwesen aber in solche Privat-Hände verpachtet, die im Lande wohnen, so bleibt der Gewinn, der aber doch nie so gross seyn wird, als der für den Fürsten von Taxis, weil man alsdann genauer akordirt, im Lande, und kömmt durch Verzehrung in Umlauf; der Staat selbst aber gewinnt nicht nur durch den bessern und genauern Akord, sondern auch durch die Konsumtion und Behaltung des Kapitals im Lande mehr Einkommen.

II. Steuern,

I. aus liegenden Gründen.

Unter den liegenden Gründen sind zweyerley Gegenstände zu verstehen. Ein Mahl die Ländereyen und dann die Gebäude. Die Steuern aus Ländereyen sind ebenfalls zwey-

fach, nemlich diejenigen, welche von verpachtetem, und diejenigen, welche von selbst bebaueten Gütern erhoben werden. Die Steuern von Gebäuden können auf verschiedene Arten angelegt werden; und zwar, bald nach der Zahl der Heerde, der Fenster, der Rauchfänge, bald nach der Gröfse des Platzes und bald nach dem Ertrage. Unter diese Klasse kann noch eine Steuer gerechnet werden, nemlich diejenige, welche unmittelbar aus den erhobenen Produkten abgegeben wird. Wir wollen nun diese Arten von Steuern der Reihe nach durchgehen und ihre Tauglichkeit zu Abtragung der Staats-Bedürfnisse untersuchen.

a) von Ländereyen.

Wenn der Grund-Eigenthümer eines Gutes dasselbe verpachtet hat, so ziehet er von dem Pächter ein jährliches Pachtgeld, welches ein reines Einkommen ist. Es ist daher sehr billig, dafs er von diesem reinen Einkommen eine Abgabe an den Staat entrichte; allein diese Entrichtung mufs keine von Alters her festgesetzte Abgabe und immer unabänderlich seyn,

sondern sie muß sich nach dem größern oder geringern Ertrage des Pachtgeldes richten, wenn sie als eine völlig gerechte Gleichheit zu Entrichtung der Staats-Bedürfnisse dienen soll; denn wenn der Bürger von seinem reinen Einkommen die Abgabe bestreiten soll, so muß auch diese Abgabe mit dem größern oder geringern Ertrage bald steigen oder fallen, alsdann ist die Abgabe dem reinen Einkommen gleich. Um dieses Einkommen zu wissen, kann man den Kontrakt des Pachtes zu Hülfe nehmen. Damit nun diese etwa erhöhten Abgaben, je nachdem es der Pacht mit sich bringt, kein Hinderniß der bessern Kultur, welche während dem Pachte öfters neue Auslagen erfordert, in den Weg legen können, so soll die Erhöhung nur von demjenigen Zeitpunkte anfangen, wo der Pacht-Kontrakt aufgehört hat, und ein neuer in seine Stelle getreten ist; dadurch wird also der Pächter nie abgehalten, Verbesserungen in seinem erpachteten Gute zu machen, und die erhöhte Abgabe fängt nur mit dem neuen erhöhten Pachte an, welches eine gerechte Gleichheit mit dem Einkommen ist.

Bestellet aber ein Grund-Eigenthümer sein Gut selbst, so wird der Ertrag seines Einkommens am schicklichsten durch die Schätzung von benachbarten Pächtern und Grund-Eigenthümern geschehen können. Eine Vermessung des Gutes, ohne auf die grössere oder geringere Fruchtbarkeit zu sehen, würde ein weit ungereimteres und weitläuftigeres Mittel seyn. Diese Schätzung müßte nun von Zeit zu Zeit, wozu man gewisse Jahre fest sezet, immer wieder erneuert werden.

Ob nun gleich diese Art der Erhebung etwas kostspieliger ist, als wenn ein bestimmter Kanon, der für alle Jahre und für immer gleich fest gesetzt ist, darauf gelegt wäre, so ist diese Abgabe dem reinen Einkommen gemäßer, und den Veränderungen der Zeitumstände nicht unterworfen, sondern nach dem vermehrten oder verminderten Einkommen des Grund-Eigenthümers berechnet, auch wird die etwa kostspieligere Erhebungs-Art sicher durch das grössere Einkommen ersetzt werden. Eine Steuer, welche nach einem unveränderlichen bestimmten Kanon von Ländereyen entrichtet wird, kann nicht anders, als mit der Länge der Zeit und

ihrer Veränderlichkeit ungleich werden. Werden die Ländereyen kultivirt, und gerathen also in einen Zustand der Verbesserung, so gewinnet der Gutsbesitzer; bei dem Zerfalle der Ländereyen hingegen, wird der Vortheil auf Seite des Landesherrn seyn, wenn immer eine gleiche bestimmte Steuer bezahlt wird. Wenn nun die Abgaben nach dem Steigen oder Fallen der Kultur erhoben werden, so stellet sich eine gerechte Gleichheit her, die von dem reinen Einkommen der Bürger erhoben wird. Smith sagt in seinem Werke :

„Indefs rühren die Vortheile, welche die
„Gutsbesitzer in Grofsbritannien von der
„Unveränderlichkeit der Schätzung, nach
„welcher die Landsteuer aufgelegt ist, ein-
„ernteten, vornemlich von einigen Umstän-
„den, die gar nicht in der Natur dieser
„Steuer selbst liegen.“

„Sie rührten zum Theil von dem allge-
„meinen Flor her, zu welchem sich fast jeder
„Theil des grofsbrittannischen Reichs erho-
„ben hat, indem seit der Zeit, da die erste
„Anlage der Steuer gemacht wurde, der

„Pachtzins fast aller Landgüter ohne Aus-
„nahme gestiegen ist. Die Gutsbesitzer ha-
„ben also den Unterschied gewonnen, zwi-
„schen dem, was sie an Landsteuer wirk-
„lich zahlen, und was sie würden bezahlen
„müssen, wenn die Steuer nach Verhältniß
„der gegenwärtigen Pachtzinsen aufgelegt
„würde. Wäre der Zustand der Dinge um-
„gekehrt gewesen, wären die Pachtzinsen in
„jenem Zeitraume, durch die Abnahme der
„Kultur, oder der Bevölkerung gefallen; so
„würden die Gutsbesitzer, nach Mafsgabe
„dieser Verminderung, durch die Unverän-
„derlichkeit der Steuer verloren haben.“

Auf beiden Seiten wäre also keine Gleichheit,
welche nur in dem Verhältnisse des Steigens
und Fallens der Landgüter in der Kultur gefun-
den werden kann. Eine Steuer muß nicht nach
denjenigen Umständen eingerichtet werden, die
vorüber gehend und zufällig — sondern nach
solchen, die nothwendig, gleich, und also immer
dieselben sind. Sie muß nicht von den Umständen
abhängen, bei denen sie Gefahr läuft, sondern
sie muß auf alle Umstände passen, und mit den-

selben, wie sie sich mit dem reinen Einkommen ergeben, fortschreiten, sie muß ewig und gleich gerecht seyn.

Es ist hier noch die Frage zu machen, ob es vortheilhafter sey, diese Steuern in Natura oder in Gelde einzuziehen? Erhebet man sie in Natura, so muß allerdings diese Art der Erhebung noch weit kostspieliger werden, und die Summe, welche zu dem Aufwande geschlagen wird, noch weit mehr vergrößern, auch Abgang, Betrug und dergleichen könnten das öffentliche Einkommen noch mehr schwächen. Geschiehet hingegen die Erhebung in Gelde, so kann der Steuerpflichtige seine nach den Naturalien bestimmte Abgabe entweder nach dem jedesmaligen Marktpreise, der aber von der Landes- oder Provinzial-Regierung bestimmt wird, oder nach einer aus einigen vorher gehenden Jahren gezogenen Fraktion desselben entrichten. Wäre aber die ganze Abschätzung der Güter bei der Auflegung der Steuer auch nach Gelde bestimmt worden, welches freylich immer das Kürzeste und Bequemste ist, so ist auch die Fraktion nach Marktpreisen nicht nöthig.

(Dafs aber der Preis des Silbers oder die Veränderung des Münzfusses mit dem Steigen und Fallen einen Schaden entweder für den Gutsbesitzer oder den Landesherrn verursachen könne, wie Smith behauptet, davon kann ich mich bis jezt noch nicht überzeugen, weil ich glaube, dafs die Veränderung des Preises und des Münzfusses immer ein gleiches Verhältnifs in Ansehung aller andern Dinge halten würde. Er sagt nemlich:

„So wie die Landsteuer in baarem Gelde bezahlt wird; so ist auch die Abschätzung der Güter bei der Auflegung der Steuer nach Gelde bestimmt worden. Seit dieser Zeit ist der Preis des Silbers ziemlich gleichförmig geblieben; und weder der Münzfuss, noch Schrot und Korn verändert worden. Wäre der Werth des Silbers beträchtlich gestiegen, wie dieses die beiden Jahrhunderte hindurch, die vor Entdeckung von Amerika verflossen sind, der Fall gewesen zu seyn scheint: so würde die Unveränderlichkeit der Steuer den Gutsbesitzern sehr lästig gefallen seyn. Wäre der Silberwerth beträchtlich gefallen, wie er

„wenigstens während eines Jahrhunderts
„nach Entdeckung der reichen amerikani-
„schen Minen scheint gefallen zu seyn ; so
„würden dadurch die königlichen Einkünfte
„sehr gelitten haben. Wäre irgend eine be-
„deutende Veränderung in dem Münzfusse
„vorgefallen ; es sey, indem dieselbe Quan-
„tität Silbers einen höhern, oder indem sie
„einen niedrigern Nennwerth bekommen
„hätte, und zum Beispiel eine Unze Silbers,
„die jetzt zu fünf und einem Sechstheil Schil-
„ling ausgeprägt wird, entweder zu Geld-
„stücken, die nur für halb, oder zu solchen,
„die für doppelt so viele Schillinge gegolten
„hätten, ausgeprägt worden wäre: so hätte
„im ersten Falle der Gutsbesitzer, in dem
„andern der Landesherr verloren.“

Ich will auch annehmen, es sey hier vom reellen Werthe, den der Staat dabei verlöre, die Rede, wenn der Werth des Silbers oder die Münze gestiegen, oder schlechter geworden wäre. Aller Werth des Silbers, so wie aller Metalle, ist nur eingebildet, und dienet zu einem allgemeinen Tausch-Mittel. Wenn nun der Preis derselben

sich erhöht, so steigen nach demselben verhältnißmäßig alle Dinge, die für dieses Tausch-Mittel eingekauft werden, und es würde in Rücksicht sowohl des Gebers als Empfängers das Verhältniß wieder gleich werden; denn es würde ungerecht und lächerlich seyn, wenn der Geber in derjenigen Münzsorte bezahlen sollte, welche vor alten Zeiten, wo die Steuer regulirt worden, im Gebrauche war. Ist sie nun schlechter geworden, so bezahlt er mit dieser schlechtern Münze die ihm angesetzte Summe, und verliert nichts; eben so kann auch der Staat, als Empfänger, nichts verlieren, weil er eben diese Münze um den gleichen Werth, wie er sie eingenommen, wieder ausgibt, und weil sie allgemein für diesen Werth passirt. Wir wollen es von einer andern Seite betrachten: Wenn z. B. ein Gutsbesitzer 10 Gulden Steuer zu entrichten hat, und er müßte 10 Malter Getreide verkaufen, um die Summe von 10 Gulden zu bekommen, so scheint Smith zu glauben, daß er, wenn der Preis des Silbers noch Ein Mal so hoch stiege, alsdann 20 Malter verkaufen müßte, um seine schuldige Summe von 10 Gulden entrichten zu können; allein wir glauben, daß sich der Guts-

besitzer, wie jeder Kaufmann, auch hier nach dem Werthe seiner Abgabe richte. Er schlägt sie immer auf den Preis seines Getreides und rechnet darauf. Das Getreide ist für den Menschen eine ganz unentbehrliche Sache, er muß es haben. So lange freilich nur die Rede zwischen dem Staate und dem Gutsbesitzer ist, ohne auf alles Weitere Rücksicht zu nehmen, so kann Smith recht haben; allein man muß hier nach unserm Erachten auf die Konkurrenz des Ganzen sehen. Es gehet hier gerade, wie mit der Erhöhung der Steuern; so bald dies geschieht, steigt auch der Verkäufer mit seiner Waare, und er macht sich für die erhöhte Steuer vom Verzehrer bezahlt. Ist das Geld rar, so können alle Produkte fallen, die nicht unentbehrlich sind, und der Verkäufer solcher Produkte muß mit dem Preise herunter gehen, weil der Verbraucher derselben sie sonst nicht nimmt, und sich eher einschränkt; aber der Gutsbesitzer, welcher das unentbehrlichste Bedürfnis des Menschen hat, wird sich gewiß in Gleichheit setzen. Der Produzent rechnet einmahl die Zinse seines Kapitals und die verwendeten Kosten, worunter auch die Steuer ist; wenn nun diese

Steuer durch das Steigen des Preises des Geldes vergrößert wird, so muß er diese Erhöhung auf sein Getreide schlagen und sich vom Verzehr bezahlen lassen. Es ist zwar wahr, der Staat gewinnt dabei, aber der Produzent verliert nichts. Uebrigens will ich damit nicht sagen, daß ein fest gesetzter Kanon, als Steuer, besser wäre; denn ich bin davon, daß die Abgaben mit dem reinen Einkommen verhältnißmäßig steigen und fallen sollen, als eine gerechte und billige Sache, völlig überzeugt.

Bei einer Steuer, die mit dem Ertrage der Güter steigt und fällt, kann man den Einwurf machen, daß sie den Gutsbesitzer abhalten würde, in seinem Gute Verbesserungen zu machen, und daß sie daher der Kultur des Ackerbaues hinderlich seyn würde, wenn der Gutsbesitzer seinen erhöhten Ertrag beständig mit dem Landesherrn theilen sollte, welcher doch zu diesen Kosten keinen Beitrag gemacht habe. Diesem Einwurfe läßt sich aber vorbeugen, wenn man dem Gutsbesitzer noch vorher, ehe er seine Verbesserung vornimmt, sein Gut abschätzt, und ihm nach dieser Abschätzung seine

Steuer auf so viele Jahre fest setzt, bis er über die zu dieser Verbesserung verwendeten Kosten entschädigt seyn kann. Mit einer solchen Steuer entsteht ein Hauptvorthail für den Ackerbau, dafs nemlich der Landesherr ein gröfseres Interesse an der Kultur und dem Fortschreiten des Feldbaues nehmen, und alle möglichen Mittel zu seinem Emporkommen anwenden wird.

b) von Gebäuden.

Die Steuern von Gebäuden sind zwar ein schicklicher Gegenstand zu den Befriedigungsmitteln der Staats-Bedürfnisse, weil ihre Erhebung so leicht und unmittelbar geschehen kann; allein sie werden von einem Gegenstande entrichtet, welcher nichts hervorbringt. Weder der Grund und Boden, noch das Gebäude selbst kann eine Erzeugung hervorbringen; sie sind daher nicht den Steuern aus Ländereyen gleich. Sie gewähren aber doch demjenigen, welcher einen Miethzins zieht, ein reines Einkommen, das er ohne Mühe erhält. Bisher hat man gewöhnlich nur vom Grunde und Boden eine Steuer bezogen, welche gemeiniglich sehr niedrig war. Smith verlangt eine doppelte Auflage auf Gebäu-

de. Er theilet das Einkommen von Häusern in das vom Grunde und Boden, worauf das Haus stehet, und heisst es Grundrente, und dann in das vom Hause selbst, und heisst es Baurente. Auf beide Renten will er eine Steuer gelegt wissen. Er glaubt sogar, dass die Häuser ein Gegenstand seyen, welche mehr Abgaben, als bisher, ertragen könnten, und setzet dergleichen Steuern mit Recht in das Verhältniss der Konsumtions-Steuern, weil die beiden Theile der Rente von Gebäuden, als von einem unproduktiven Gegenstande, aus irgend einer andern Quelle des Einkommens bezahlt werden; und deswegen die Auflage auf die Rente von Gebäuden am Ende auf alle Theile des Einkommens eines Bürgers fallen müsse, wie es bei den Konsumtions-Steuern der Fall ist. Der Grundherr ziehet eine Rente vom Grunde und Boden, worauf das Haus gebauet ist, und diese ist ein reines Einkommen, das ohne Mühe und Aufwand, nur aus dem Besitze gezogen wird. Der Hausbesitzer entrichtet einen Miethzins, welcher im Verhältnisse der Zinse des darauf verwendeten Kapitals und der etwa vorfallenden Reparaturen stehet; denn würde der Miethzins die

Zinse und Reparaturen nicht tragen, so würden die Kapitale auf andere Gegenstände angewendet werden. Der Erbauer der Häuser muß sich daher an dem Miethsmanne entschädigen, welcher diese Abgabe aus irgend einer Quelle seines Einkommens zieht, und so werden natürlich diese Häuser-Auflagen einer Konsumtions-Steuer gleich. Wenn ein Gebäude leer steht, so kann nach Smith's Meinung auch keine Steuer davon entrichtet werden, weil es weder dem Grund-Eigenthümer, noch dem Eigenthümer des Hauses, wenn es zwey verschiedene Personen sind, ein Einkommen gewähret. Hier bin ich nicht mit demselben ganz einverstanden; denn vom Grunde und Boden sollte immer eine Abgabe entrichtet werden müssen, wenn auch das Haus nicht bewohnt wird. Es ist zwar wahr, daß es dem Eigenthümer des Grundes und Bodens nichts einträgt; allein der Grund und Boden ist doch dadurch, daß ein Haus darauf gebauet ist, benutzt, und es könnte bei vielen reichen Häuser-Inhabern, besonders bei Landhäusern, der Fall seyn, daß sie leer stehen, es würde also dem Allgemeinen zu viel entgehen. Der Boden, worauf das Gebäude steht, würde sicher

angebauet seyn, wenn das Gebäude sich nicht darauf befände, also entgeht dem Ganzen derjenige Theil Steuern, welcher, wenn der Boden angebauet gewesen wäre, hätte an dem Staats-Aufwande entrichtet werden sollen. Desswegen kann auch die Grundrente nicht höher besteuert werden, als nach dem Mafsstabe, was der Flächen-Inhalt des Bodens bei seiner Anbauung würde zu entrichten gehabt haben.

Hingegen von einer Miethrente, welche durch die Nichtbewohnung eines Hauses nicht existirt, kann keine Steuer erhoben werden, weil kein Einkommen da ist. Die Nichtbefreyung von der Steuer auf Grund und Boden könnte vielleicht auch ein Antrieb seyn, eine Miethrente sich zu verschaffen, um doch einiger Massen das Gebäude zu benutzen und die Steuer erstattet zu erhalten. Die Besteuerung der Miethrente ist in der That ein sehr schicklicher Gegenstand, den man bisher bei Uns ganz aus der Acht gelassen. Bisher wurde nur aus dem Grunde und Boden eines Gebäudes eine sehr geringe Steuer erhoben, welche offenbar höher hätte seyn können, wenigstens immer in dem

Verhältnisse, als dieser Grund und Boden bei seiner Anbauung, nach dem Mafsstabe der Steuer aus Ländereyen, zu entrichten gehabt hätte.

Auf eben diese Weise mufs auch die Selbstbewohnung eines Hauses besteuert werden, denn sie kann immer auch als ein Einkommen angesehen werden. Nur mufs man hier allerdings einen Unterschied machen, zwischen Häusern in einer grofsen Stadt, wo gröfsere Nachfrage nach denselben geschieht, und deswegen gröfsere Renten gezogen werden, und zwischen Häusern auf dem Lande und in kleinen Städtchen. Diejenigen Häuser, welche ihr Eigenthümer selbst bewohnet, können aber nicht nach dem, was die Erbauung derselben gekostet hat, angelegt werden, dies wäre ganz ruinirend; aber der Mafsstab, was er als Miethe aus dem Gebäude würde gezogen haben, wenn er es verliehen hätte, kann füglich hier Statt finden, ohne dafs es ihm wehe thun würde.

c) von den aus Ländereyen gezogenen Produkten.

In den meisten Ländern Europens sind die

Abgaben von den aus Ländereyen gezogenen Produkten der Zehente. In Frankreich hießen sie *Vingtièmes*, weil sie zwey Mahl im Jahre gezogen wurden, also zusammen genommen auch den zehnten Theil ausmachten. Es gibt auch Länder, wo der 8te, 9te, auch 15te Theil gegeben werden muß. Diese Abgaben werden aber gewöhnlich mit dem Namen, Zehente, belegt. Man hält Anfangs, dem Anscheine nach, diese Steuern für ganz gleich, weil man sie aus den wirklichen Erzeugnissen erhält, die, je nach dem der Acker gut oder schlecht ist, auch verhältnißmäßig mehr oder weniger Produkte hervorbringen; allein der reine Ueberschuß der größern oder geringern Fruchtbarkeit hält kein Gleichgewicht mit der Verwendung. Ein schlechtes Feld, auf welches mehr gewendet werden muß, wird weniger reinen Ertrag gewähren, wenn man den Aufwand abrechnet, als ein gutes. Auf diese Art würde das reine Einkommen durch diese Steuer ungleich besteuert. Jede Verbesserung erfordert Kosten; die größten sind die theuersten, und so würde das Bewußtseyn, den Ertrag der Verbesserung mit dem Zehentherrn gleich zu theilen, jeden

Güterbesitzer abschrecken. Wir wollen Smith darüber hören, er sagt :

„Der Zehnte und jede Landsteuer, die unmittelbar von den Erzeugnissen erhoben wird, sind unter dem Scheine der vollkommensten Gleichheit sehr ungleiche Steuern, indem unter verschiedenen Umständen und bei verschiedenen Lagen zweyer Güter, gleich grofse Antheile von ihren Ernten, sehr ungleiche Theile des reinen Ertrags für den Eigenthümer derselben seyn können. Einige Ländereyen sind so fruchtbar, dafs die Hälfte ihrer Erzeugnisse vollkommen hinlänglich ist, dem Pächter sein auf den Anbau gewandtes Kapital mit dem in der Gegend gewöhnlichen Pächtergewinne zu erstatten. Er könnte also, wenn kein Zehnte zu bezahlen wäre, die ganze andere Hälfte der Erzeugnisse, oder welches einerley ist, den Werth dieser Hälfte, als Rente an den Eigenthümer abgeben. Wird ihm aber zuvor der zehnte Theil seiner Ernten, unter dem Namen des Zehnten abgenommen, so mufs er von seiner

„Rente den fünften Theil abziehen, sonst
„kömmt er nicht zu seinem Kapitale, und
„dem darauf, nach dem gewöhnlichen Maf-
„stabe der Gegend berechneten Gewinnste.
„Vier Zehenttheile des Erzeugnisses werden
„also in diesem Falle die Rente des Grund-
„herrn ausmachen. Auf unfruchtbaren Län-
„dereyen hingegen können die Ernten zu-
„weilen so geringe und die Kosten der Kul-
„tur so groß seyn, daß vier Fünftheile des
„ganzen Erzeugnisses darauf gehen, um dem
„Pachter sein Kapital mit den gehörigen
„Zinsen wieder zu erstatten. In diesem
„Falle könnte, wenn auch kein Zehente
„wäre, die Rente des Grundherrn doch
„nicht höher als ein Fünftheil des Erzeug-
„nisses ausfallen. Wird aber dieser Zehente
„erhoben, und muß also von der ganzen
„Ernte des Gutes der zehente Theil abgege-
„ben werden, so muß der Pachter eben
„diesen zehenten Theil auch von der Rente
„seines Herrn abziehen; und diese wird also
„auf ein Zehenttheil von den Erzeugnissen
„des Guts zurück gesetzt. Auf sehr reichen
„Ländereyen kann der Natural-Zehente viel-

„leicht nicht mehr als ein Fünftheil der
„Rente wegnehmen, oder einer Auflage von
„vier Schillingen auf das Pfund Sterling
„gleich seyn; indess er bei ärmern die Hälfte
„der Rente verschlingt, oder einer Abgabe
„von zehen Schillingen auf das Pfund Ster-
„ling des jährlichen Einkommens gleich ist.“

Dergleichen Steuern, welche als Zehente erhoben werden, hindern auch sehr den Anbau anderer Anpflanzungen; denn die Regierung oder der Landesherr, welcher nur auf seinen Nutzen siehet, wird nie erlauben, Anpflanzungen zu machen, welche ihm nicht zuträglich sind, es aber doch dem Anpflanzer seyn können, und so würde nicht nur die natürliche Freiheit, sondern auch jede Spekulation darunter leiden.

2. aus dem Gewinn vom Kapitale.

Kapitale werden unterschieden durch umlaufende und stehende. Ein stehendes Kapital ist, welches seinem Besitzer einen Gewinn bringt, ohne ihn zu verlassen. Z. B. erworbene Geschicklichkeiten, Anbauung und Verbesserung des Bodens, Maschinen, Werkzeuge,

Wirthschafts-Gebäude, Werkstätten, Waaren-Gewölbe u. d. gl. Ein umlaufendes Kapital aber kann dem Besitzer nicht eher einen Gewinn bringen, als bis es ihn verlassen hat, und in die Hände eines Andern gekommen ist; dergleichen sind: Materialien, Manufaktur- und andere Kaufmanns-Waaren, auch Lebens-Mittel, welche zum Verkaufe ausgesetzt sind, und durch Tausch oder Kauf in Umlauf gebracht werden; selbst auch das baare oder Papier-Geld gehöret zu dem umlaufenden Kapital.

Wenn man von einem Kapitale, das man ausgeliehen hat, Gewinn erhält, so heisst er Zinse. Der Gewinn am Kapitale aber, wenn es irgend auf etwas angewendet ist, ist der Ueberschufs, welcher nach Wieder-Erhaltung des Kapitals übrig bleibt. Wollte man die Geld-Kapitale in die Besteuerung legen, so würden sehr viele Unannehmlichkeiten und Inkonvenienzen daraus entstehen. Man könnte sie nicht anders erfahren, als durch Vermögens-Untersuchung; diese würde dem Kredit eines jeden Bürgers und vorzüglich dem des Handelsstandes schaden, auch würde sicher ein grosser

Theil Kapitale auswandern. Dergleichen Kapitale wechseln auch zu sehr von einer Hand zur andern, dafs es auferordentlich viele Mühe verursachen würde, ihnen nachzugehen. Dafs dieser Theil Kapitale zur Besteuerung äufserst unschicklich sey, ist aus dem Gesagten klar. Legt man übrigens in sehr dringenden Fällen des Staates eine Steuer darauf, so ist es nöthig, dafs man sich mit eines jeden Steuerpflichtigen eigenen Angabe auf sein Gewissen und seine Bürgerpflichten begnüge. Thut man mehr, so entstehen obige Schwierigkeiten und wohl noch mehrere.

Werden hingegen die eigentlich stehenden Kapitale, welche auf gewisse Gegenstände angewendet sind, in die Besteuerung genommen, so kann es nur als eine mittelbare Steuer, die nicht aus der ersten, sondern nur aus der zweyten Hand erhoben wird, angesehen werden, und ist auch nichts anders als eine Konsumtions-Steuer, wovon wir weiter unten sprechen werden. Derjenige, welcher ein Kapital anwendet, und von dem Gewinn seines Kapitals eine Abgabe geben mufs, ist genöthigt, sich an seinem Abnehmer zu entschädigen; also trägt am Ende der Konsu-

ment diese Abgabe durch Bezahlung eines erhöhten Preises, worin die von dem Anwender des Kapitals nur vorgeschossene Abgabe begriffen ist. Der letzte Käufer einer Waare muß immer die Abgabe, die der Kaufmann gegeben und vorgeschossen hat, tragen. Wäre auch ein Kapital auf den Landbau angewendet, so trägt der Pächter gewiß nicht die Abgabe, die auf den Gewinn dieses Kapitals gelegt ist. Entweder siehet er sich bei dem Pachte selbst vor, und entrichtet dem Grundherrschaft weniger Rente, also trägt dieser die Abgabe; oder der Konsument, welcher der letzte Abnehmer seines Getreides ist, muß einen erhöhten Preis, worunter schon die Abgabe steckt, bezahlen. Unmittelbar kann also die verschiedene Anwendung der Kapitale nicht besteuert werden, weil sie immer nur von dem Anwender des Kapitals vorgeschossen, und eigentlich am Ende von der zweyten Hand entrichtet wird.

3. Rang- und Kopfsteuern.

Die Rang- und Kopf-Steuer sind eine sehr ungleiche Auflage und können auch noch sehr ungerecht werden. Die Einhebung der

Staats - Abgaben soll nur von dem **reinen** Einkommen der Bürger geschehen. Würde man nun diesen Grundsatz in Ansehung der Kopf-Steuern fest setzen, so müßte man von jedem das Einkommen voraus wissen; dies könnte man auf keine andere Weise erfahren, als daß man das Innere der Haushaltung eines Jeden untersuchte, und so würden eben diese Inkonvenienzen, wie bei den Geld-Kapitalisten, vorkommen. Kostspieligkeit, Willkür, und die damit verknüpfte Plagerey für die Steuerpflichtigen, auch viele Zeit - Versäumnisse würden so drückende Folgen hervorbringen, daß es nicht auszuhalten wäre. Nimmt man aber jeden Kopf mit einer gleichen Summe in die Besteuerung, so würde sie ungerecht; denn der Eine hat mehr Einkommen als der Andere, und mit Recht dürfte man alsdann auf Verminderung der Bevölkerung rechnen.

Die Rangsteuern arten gleichfalls in eine Ungerechtigkeit aus. Nicht Jeder von gleichem Range hat gleiches Einkommen mit dem Andern, und daher wäre der minder Reiche äußerst gedrückt. Der Rang hat an und für sich selbst kein Einkommen, er ist nur ein eingebildeter

Vorzug, und kann daher mit Recht nicht mit einer Abgabe belegt werden.

4. von der Konsumtion.

Was die Abgabe von der Konsumtion betrifft, so ist sie nicht ganz ungeschickt zur Besteuerung, wenn man sie als Aushülfe-Mittel zur Befriedigung der Staats-Bedürfnisse betrachtet, und nach diesem Grundsätze behandelt. Sie ist zwar nie eine unmittelbare Abgabe, weil sie immer zuletzt aus der zweyten Hand entrichtet wird; denn wenn sie auch gleich die erste Hand bezahlt, so fällt doch die eigentliche Entrichtung am Ende auf den Konsumenten, und der Verkäufer hat die Abgabe nur vorgeschossen. Diese Abgabe ist und bleibt auch immer ungleich für den Staat, weil sie von der Willkür des Verzehrenden abhängt. Er kann viel und wenig verzehren; deßwegen wird es klug seyn, keine zu große Erhöhung darauf zu legen, damit sie keiner zu ungleichen Veränderung unterworfen sey. In derjenigen Rücksicht hingegen ist sie sehr geschickt zu einer Besteuerung, weil sie am Ende immer nur auf die Klasse der Verzehrenden, also auf die vermögendere Klasse

fällt, welche am besten und leichtesten bezahlen kann, und weil diese Abgabe, da sie nur allmählig und in kleinen Theilen erhoben wird, dem Kontribuenten nicht schwer fällt, und bequem ist. Sie kann auch nie als eine Ungerechtigkeit angesehen werden, weil sie immer von der Willkür des Verzehrenden abhängt, ob er sie haben will oder nicht. Nur allein ihre Erhebungs-Art ist kostspieliger als die von Ländereyen, weil sie durch mehrere Umwege in die Staats-Kasse gebracht werden muß, und desswegen dem Bürger mehr von seinem Einkommen entziehet, als wirklich in die Staats-Kasse kömmt. Wir haben gesagt, man müsse sie blofs als Aushülfe-Mittel zur Befriedigung der Staats-Bedürfnisse ansehen, das heist, sie nicht auf die ersten und nothwendigsten Lebens-Mittel legen; denn geschähe dieses, so würde sie das Einkommen der ärmern Klasse zu sehr schmälern, indem diese Klasse alsdann nie im Stande wäre, ein reines Einkommen zu erhalten. Der erhöhte Preis ihrer ersten und nothwendigsten Lebens-Bedürfnisse würde ihnen kaum den Lebens-Unterhalt gewähren. Wenn man ja auf diese ersten Lebens-Mittel eine Steuer legen wollte, so

müßte sie nur auf die Städte und was darinn an solchen Lebens-Mitteln verkauft wird, fallen; denn von dem, was der Landmann für sich und seine Familie braucht, kann sie nicht gefordert werden. Aber auch in dem Falle würde sie dem National-Wohlstande schaden, wenn sie nur allein auf die Städte und den Verkauf gerichtet wäre. Ob gleich auch in diesem Falle der letzte Konsument die Abgaben entrichtet, und jeder Verkäufer und Arbeiter sie auf seine Waare oder Arbeit schlägt, so kann die ärmere Klasse die Summe für eine so allgemein ausge dehnte Menge, als diese ersten Bedürfnisse betragen, nicht vorschiesen; und diese Unvermögenheit des Vorschusses müßte ihren Wohlstand hindern. Nur solche Bedürfnisse, welche die arme Klasse entbehren kann, deren sich aber die mittlere und reiche Klasse bedienet, können hier in Betrachtung gezogen werden, und dann erst sind dergleichen Konsumtions-Steuern geschickt und wahre Aushülfe-Mittel,

III. Rückfälle an den Staat.

Unter Rückfällen an den Staat werden solche Gegenstände verstanden, wodurch

dem Staate gewisse Güter zufallen. Dies kann theils durch die Lehens-Verfassung, theils durch die Rechte des Fiscus geschehen. Von Lehens-Verleihungen und Lehens-Erneuerungen beziehet der Staat ein Einkommen; manchmal fällt auch dem Staate ein Lehengut durch Sterbfälle anheim, wie es die Lehens-Verfassung, die in einem Staate angenommen ist, mit sich bringt. Das Feudal-System hat bisher der Kultur des Ackerbaues keine geringen Hindernisse in den Weg gelegt, und es wäre sehr zu wünschen, daß diese Feudal-Verbindungen vorzüglich in Ansehung des Bauernstandes ihr Ende erreichen möchten.

Eben so kann der Fiskus durch Erbfolge und Konfiskationen ein Einkommen erhalten. Wir können hierbei nicht lange verweilen, aber doch die Bemerkung nicht unterlassen, daß der Staat, wenn ihm ein Lehengut zurück fällt, besser thun wird, dasselbe, gleich den Domänen, in Bauerngüter zu verwandeln, und zu verkaufen, als es wieder zu Lehen zu geben.

IV. Taxen.

Was die Taxen, als Einkommen für den Staat betrachtet, angehet, so müssen wir, da sie ganz aus unserer Seele geschrieben sind, hier den Leser auf die von Herrn von Sonnenfels geäußerten Grundsätze aufmerksam machen. Sie lauten folgender Maßen:

„Die Angelegenheiten der innern öffentli-
„chen Verwaltung werden von dem Magi-
„strate und dem Regenten entweder von
„Amtswegen, das ist: ohne vorhergehendes,
„oder auf das erste Anrufen des Bürgers
„verwaltet; oder es muß der Bürger durch
„ein besonderes Ansuchen dazu erst Anlaß
„geben. Die Angelegenheiten der ersten
„Art sind sämmtlich eigentliche, beständig
„fortdauernde Polizeygeschäfte, bei welchen
„nicht sowol die einzelne Person, die gegen-
„wärtig ihr Vorwurf ist, als das Allgemeine
„in Erwägung kömmt. Die Angelegenhei-
„ten der zweiten Art sind zum Theil Rechts-
„Geschäfte, zum Theil Gnadensachen, nach
„dem vielleicht nicht angemessensten, aber
„überhaupt angenommenen Sinne dieses

„Wortes. Auf den ersten Blick muß jeder-
„mann in die Augen fallen, daß die Polizey-
„Geschäfte, daß alle diejenigen Verrichtun-
„gen, welche überhaupt zum gemeinschaftli-
„chen Wohl beitragen, alle diejenigen, welche
„die Magistrate von Amtswegen vornehmen
„müssen, kein Gegenstand einer Taxe seyn
„sollen. Der Bürger kann, außer den all-
„gemeinen Anlagen, insbesondere dafür nicht
„bezahlen, daß er nicht ausgeplündert, nicht
„vergiftet wird; daß kein Krämer mit un-
„ächtem Maasse ihm zumessen, nicht mit zu
„leichtem Gewichte zuwägen darf. Aus
„welchem Grunde gefolgert werden kann,
„daß alle Berichtigungen, zu welchen der
„besondere Befehl und Polizeyzwang nöthig,
„über deren Unterlassung eine Strafe ver-
„hängt ist: z. B. die Verrichtung des Mases
„und Gewichtes u. dgl. von Taxe befreyt
„bleiben sollten. Es ist also noch zu sehen,
„in wie ferne bei Rechtsgeschäften und
„Gnadensachen besondere Entrichtungen
„Statt finden können.

„Die Gestalt der Entrichtung bei den
„Rechtsgeschäften ist nach Verschiedenheit

„der Verfassung mancherley: Gerichts-Taxen
„bei jedem Gerichts - Vorgange, Sporteln,
„sogenannte Quoten, oder so vielte Theile,
„Stempelpapiere. Ich finde für die bei Ei-
„genthums - Veränderungen, Kauf und Ver-
„kauf, bei Abzug und Sterbfällen eingeführ-
„ten Abgaben keinen schicklichern Plaz, als
„dafs ich sie den Gerichts-Taxen zuzähle, wie
„sie dann auch meistens unter dem Namen
„der Gerichtsbarkeits - Gebühren eingehoben
„werden; es wäre denn, dafs man sie, wenn
„sie dem Regenten, oder mit seiner beson-
„dern Verwilligung Mittelherrn abgeführt
„werden, als die Einlösung eines neuen Ei-
„genthums - Rechtes ansehen wollte, in wel-
„chem Falle aber wider die Natur des bür-
„gerlichen Eigenthums, in einem gewissen
„Verstande voraus gesetzt werden müfste,
„dafs, ohne besondere Zuthat, oder Einwil-
„ligung der obersten Gewalt, das Eigen-
„thums - Recht der unbeweglichen Güter un-
„übertragbar sey. Jedermann wird den
„Wunsch unterschreiben, dafs die Verwal-
„tung des Rechts geschehen könnte, ohne
„dafs der Bürger, welcher den Beistand des

„Richters anruft, jeden Schritt desselben
„gleichsam erkaufen müsse, wodurch der-
„jenige, der unglücklicher Weise die Ge-
„richtskosten zu tragen, oder doch vorzu-
„schießen, aufser Stand ist, sehr oft von
„dem Gesuche seiner Rechte ausgeschlossen
„wird, und das Sprichwort des gemeinen
„Mannes eine grofse Wahrscheinlichkeit er-
„hält: dafs die Gerechtigkeit nur für Geld
„zu haben ist. Es ist wenigstens offenbar,
„dafs die grofsen Rechtsgesuche, der minder
„vermögenden Klasse durch die Gerichts-
„Gebühren ungemein erschwert sind, und
„dafs kleinere Unrechte nur von demjeni-
„gen können gerüget werden, dem die Ge-
„richts-Auslage nicht empfindlich ist. Da-
„durch also mufs der Bürger der untern
„Klasse, welcher die wenigen Groschen, die
„er auf Stempel, Erhebung, Exequirung,
„Vidimirung u. s. w. auslegen soll, auf Brot
„für hungerige Kinder nöthig hat, den
„Schmerzen mancher Beleidigung auf seinem
„Herzen ohne Linderungen vertoben lassen;
„dadurch wird der vermögende Bube zur
„Beleidigung seines unvernünftigen Mit-

„bürgers bis zum Uebermuthe verwegen.
„Es scheint, man habe diese nachtheiligen
„Folgen gefühlet, und durch die Armen-
„Advokaten, die Advokaten, welche von
„Amtswegen unvermögenden Partheyen ge-
„stellt werden, durch die erlaubte Vormer-
„kung der laufenden Gerichts-Taxen, durch
„Strafen der grundlos oder vorsezlich Rech-
„tenden, durch die den Gerichten einge-
„räumte Gewalt, nach Umständen der Taxen
„durch den Beisatz von Amtswegen zu er-
„lassen, abzuwenden gesucht. Diese Be-
„schränkungen selbst vertreten die Stelle
„des Beweises von der wenigen Schicklich-
„keit solcher Gegenstände zu Finanz-Quel-
„len. Wo man Arzneymittel anwendet, ist
„man von der Krankheit überzeugt. Indes-
„sen, da in den meisten Staaten die Ge-
„richts - Gebühren vorzüglich als ein Fond
„der Gerichts - Stellen betrachtet werden,
„mufs zum mindesten zwischen dem, was
„von der Rechts-Verwaltung gesucht, und
„dem, was für die Rechts-Verwaltung ge-
„leistet wird, ein billiges Verhältnifs gehal-
„ten, und in Ansehung aller nothwendig

„beobachtet werden; dieses besteht im All-
„gemeinen darinn, daß die Gerichts-Taxe
„dem Endzwecke der Gerichts-Verwaltung
„beständig untergeordnet bleibe, mithin
„durch ihre Gröfse dem Bürger in der Ver-
„folgung seiner Rechte kein Hinderniß ge-
„leget werde. Das besondere Verhältniß
„jeder Taxe aber ist dann am billigsten,
„wenn dabei nicht die Gerichtshandlung
„ohne Beziehung auf den Gegenstand, son-
„dern der Gegenstand, ohne auf die Gat-
„tung der Gerichtshandlung zurück zu sehen,
„zum Mafsstabe angenommen ist. Diesem
„Grundsätze werden die sogenannten Quo-
„ten, wo sie immer anwendbar sind, am
„nächsten kommen.

„Dieser Mafsstab ist besonders bei Eigen-
„thums-Veränderungen, Kauf-Verträgen und
„Sterbfällen, wie auch einiger Massen bei
„dem Stempelpapier angenommen. Von
„dem letztern wird eine kurze Erörterung
„nicht überflüssig seyn. Es ist in den mei-
„sten Staaten eingeführt, daß alle Aufsätze
„von einem Vertrage, oder die mit einem

„Vertrage im Zusammenhange stehen, oder
„stehen können, bei Fiskal-Strafen und un-
„ter Rechts-Ungültigkeit eines solchen Auf-
„satzes auf gestempeltem Papiere entworfen
„werden müssen. Diese Papiere haben ver-
„schiedene Taxen: zuweilen nach der Sum-
„me, die den Inhalt des Aufsatzes ausmacht,
„wie bei Quittungen; manchmal nach dem
„Stande der Vertrag-Errichtenden, wie bei
„Heuraths-Verträgen. Als eine Folge dieser
„Anordnung werden zu allen Schriften, die
„von Partheyen bei Gerichts-Stellen einge-
„reicht, oder für dieselben von Stellen aus-
„gefertigt werden, gestempelte Papiere ge-
„fordert. Wird die Belegung seinem In-
„nern und Wesentlichen nach untersucht,
„so besteht sie aus einer Abgabe, die bei-
„nahe mit allen Gattungen von Entrichtun-
„gen verwandt ist. Bei Gerichts-Vorgängen
„ist sie eine Art von Gerichts-Taxe, bei
„Quittungen ist sie nach Verschiedenheit,
„bald Zins-Antheil, bald Interessen-Steuer,
„bald Besoldungs-Abzug u. d. gl., je nach-
„dem sie über abgeführte Mieth, oder In-
„teressen, oder Besoldungen ausgestellt wer-

„den müssen. Bei den sogenannten Kauf-
„manns- oder Handwerks-Rechnungen ist
„sie eine Art von Gewerbs-Steuer, die am
„Ende immer von demjenigen getragen
„wird, welcher etwas kauft, oder verferti-
„gen läßt. Einiger Massen hat der Stempel
„bei Verträgen, oder Anordnungen zwi-
„schen Partheyen etwas mit den Gerichts-
„Taxen gemein, wie bei Heiraths-Verträgen
„und Testamenten, weil die Nothwendigkeit
„des Stempels bei diesen Aufsätzen nur auf
„den Fall ihre Wirkung hat, wo vor Ge-
„richt Gebrauch davon gemacht werden
„muß.

„Die Schmeicheley hat den Ausdruck der
„Ehrerbietigkeit, welchen Dienstwerber,
„oder andere Bittsteller zu gebrauchen pfe-
„gen, mißgedeutet, und die Regenten über-
„redet: alle Verleihungen, die nicht im
„Wege des Rechts gesucht werden, als
„Gnaden anzusehen. Der Eigennuz schlug
„bald darauf seine Hand ein, die Verleihun-
„gen dieser Gnaden mit Entrichtungen zu
„verbinden; so entstand die zweyte Gattung

„von Taxen, deren mannigfaltige Gegenstände unter vier Haupt-Gattungen eingetheilt werden könnten: Verleihungen von Würden, von Bedienungen, Verleihungen in Gewerben, und endlich Befreyungen.

„Der Verfasser der Theorie der Abgaben
„setzt die Macht des Regenten, Würden
„zu ertheilen, unter die vorzüglichsten Finanz-Quellen, nicht in dem Verstande, als
„ob man Würden, Ehrenstellen, Rang und
„Titel jedermann gegen Taxe feil bieten
„sollte, sondern, weil man daran ein Mittel
„in Händen hat, zu Diensten anzuspornen,
„deren Belohnung die öffentlichen Kassen
„sonst schwer mitnehmen, oder die wohl
„gar nicht zu erhalten seyn würden. Eine
„ertheilte Würde setzt immer von Seite des
„Staates den Beweggrund und die Verbindlichkeit voraus, jemanden um geleisteter
„unterscheidender Dienste willen belohnen;
„und von Seite des Empfangenden sollte sie
„nie gefordert werden, als aus Bewußtseyn
„seines vorzüglichen Verdienstes. Wenn in
„Verleihung der Würden aller Orten nach

„diesem Grundsatz verfahren wird, so ist
„es nicht wohl möglich, daß die öffentlichen
„Einkünfte davon einen Zufluß haben. Ha-
„ben hingegen die öffentlichen Einkünfte
„davon einen Zufluß, so wird nicht nach
„diesem Grundsatz verfahren; dann aber
„verlieren die Würden ihre ganze Wesen-
„heit, sie sind ihres Werths entsetzt; der
„Titel, der Rang, das Ordensband bezeich-
„nen nicht mehr den würdigen, sie bezeich-
„nen nur den vermögenden Mann; man hat
„sie wie eine prächtige Equipage, eine kost-
„bare Kleidung, oder ein Geräth, so bald
„man den Aufwand machen will, oder kann.
„Auch da noch, wo man zur Erhaltung einer
„Würde zwar unumgänglich Verdienst be-
„weisen, aber die verdiente Unterscheidung
„dennoch durch eine Taxe einlösen muß,
„geht der ganze Endzweck verloren, weil
„sich das dürftige Verdienst davon bestän-
„dig ausgeschlossen sehen muß.

„Bedienungen und Aemter sind entweder
„Plätze des Zutrauens, wie diejenigen, wel-
„che sich der Person des Regenten beständig

„nähern; oder es sind Stellen, wozu wegen
„der damit verknüpften Verrichtungen nur
„eine eigentliche Fähigkeit schicklich machen
„kann. Niemand also ist des Zutrauens
„würdig, Niemand besitzt Fähigkeit, als der
„die Taxe, oder welches auf dasselbe hin-
„aus läuft, den Kaufschilling für eine Bedie-
„nung erlegen kann? Und im Gegentheile:
„Kann eine Summe Geldes Fähigkeit geben,
„oder Zutrauen gewinnen? Nach diesen
„Betrachtungen wird es schwer seyn, die
„Verkäuflichkeit, oder die Verleihung gegen
„Taxen zu rechtfertigen. Woferne auch
„die Fähigkeit immer vor dem Erlage der
„Taxe, als ein wesentliches Bedingniß erfor-
„dert wird, so ist gleichwohl, die nur erst
„bei Verleihung der Würden gemachte An-
„merkung auch hier herüber zu nehmen;
„alle Geschicklichkeit der Unvermögenden
„ist für den Staat verloren. Forscht man
„dem Ursprunge nach, von welchem die
„Taxen bei Dienst-Verleihungen abzuleiten
„seyn könnten, so wird sich schwer ein an-
„derer entdecken lassen, als weil diese Er-
„theilung für eine bloß willkürliche Sache

„gehalten wird. Indessen ist nichts weniger
„willkürlich, als die Besetzung öffentlicher
„Aemter. Wird ein Amt einem Unfähigen
„übertragen, so wird der, welcher ihn wäh-
„let, der Mitschuldige alles Uebels, welches
„die Unschicklichkeit dem gemeinen Wohl
„zufügt, und wird selbst unter zwey Fähigen,
„nicht der Fähigere vorgezogen, so macht
„eine solche Wahl wenigstens wegen allen
„des Guten verantwortlich, welches der Fä-
„hige nicht leisten konnte, der Fähigere
„aber an seiner Stelle geleistet haben wür-
„de. Nur unter durchaus gleich fähigen
„Mitwerbern findet die Willkür und Gnade
„einen Plaz; aber der Fall wird sich so sel-
„ten ereignen, daß er keiner Erwähnung
„lohnet.

„Es würde überflüssig seyn, bei Verleihun-
„gen in Gewerben nach dem ausgedehnte-
„sten Sinne des Wortes, oder bei Befrey-
„ungs-Ertheilungen lange stehen zu bleiben.
„Jedermann ist auf den ersten Blick über-
„zeugt, daß Taxen von dieser Gattung ent-
„weder sehr unbedeutliche Abfälle seyn,

„oder dem gemeinschaftlichen Nahrungs-
„stande, der Handlung Schwierigkeiten in
„den Weg stellen müssen, da die öffentliche
„Verwaltung vielmehr nichts Angelegeneres
„haben kann, als dergleichen Schwierigkei-
„ten bei Seite zu schaffen. Diese Erinne-
„rung wird durch ein Beispiel mehr Deut-
„lichkeit erhalten. Wenn eine Gesellschaft
„irgend einen neuen Weg des auswärtigen
„Absatzes entdeckt, soll derselben die Frei-
„heit der Handlung, der allenfalls nöthige
„Schutz, nicht anders als gegen eine verhält-
„nismäßige Entrichtung verliehen werden?
„Heißt das nicht eben so viel, als sich selbst
„den Zufluß des fremden Geldes, die Er-
„weiterung seiner Nahrungswege, den da-
„durch beförderten Wachsthum seiner Be-
„völkerung rauben wollen, weil sich Niemand
„findet, der den Staat dafür zahlen will,
„daß er ihm all das Gute zu Wege bringen
„dürfe? Wenn Niemand sich selbst zu einer
„vortheilhaften Spekulation verstünde, und
„die Regierung sähe die Möglichkeit davon
„vor sich, so würde sie durch Belohnungen
„und Unterstützungen dazu ermuntern. Wie

„aber, wenn zwey um dieselbe Erlaubniß an-
„suchen? Unter dieselben soll der Vorzug
„nicht dem Meistbietenden, sondern dem Ge-
„schicktesten, und wären beide geschickt,
„beiden die Freiheit ertheilt werden. Der-
„gleichen Taxen, wie man siehet, begünsti-
„gen immer die Ausschließung, den Allein-
„handel, welches zu ihrer Verwerfung allein
„genug ist.

„Nach geläuterten Grundsätzen also wer-
„den die Gnaden - Verleihungen als solche,
„zu keinem schicklichen Gegenstande der
„Staats - Einkünfte zu wählen seyn, und die
„bei Gelegenheit derselben zu entrichtenden
„Abgaben sind eigentlich nur Kanzley - Ge-
„bühren, bei welchen in Ansehung des Ver-
„hältnisses der nämliche Grundsatz, wie bei
„Sporteln der Rechtsgeschäfte herrschen
„mufs, nemlich, die Taxen müssen nicht den
„Endzweck der Verleihung ausmachen,
„sondern demselben beständig untergeord-
„net bleiben. Uebrigens ist wegen des
„nahen Zusammenhangs mit der öffentlichen
„Verwaltung nicht rathsam, die Abfälle von

„dieser Gattung der Privatkasse der Regen-
„ten zuzuweisen, weil wenigstens der
„Wunsch derjenigen, denen die Verwal-
„tung dieser Privatkasse anvertraut ist, zu
„leicht das Uebergewicht erhalten, und die
„Reizung verstärken könnte, um die Ein-
„nahme von dieser Seite zu vergrößern, mit
„Verleihungen nicht nach den bessern Grund-
„sätzen Haus zu halten. Ueberhaupt, so bald
„bei Verleihungen oder Befreyungen Finanz-
„Absichten einschlagen, wird es auch die
„strengste Billigkeit des Fürsten nur schwer
„dahin bringen, daß der eigentliche End-
„zweck der Verleihung oder Befreyung nicht
„aus dem Gesichte verloren werde. Ich
„überlasse es dem Leser, die Anwendung
„dieser Betrachtung auf das Begnadigungs-
„Recht, auf die Nachsehung der Minderjäh-
„rigkeit u. d. gl. selbst zu machen. Wenn
„ich von Schaz-Antheilen, vom Strand-Rechte
„und andern zufälligen Einkünften, die mit
„diesen überein kommen, keine Erwähnung
„mache; so habe ich zu diesem Stillschwei-
„gen eben denselben Grund, aus welchem
„ein ordentlicher Privathaushalter der Sum-

„me, die er finden könnte, in seinem Ueber-
„schlage keinen Ort anweist.

„Ich hätte unter dieser Abtheilung noch
„von Strafgeldern handeln sollen, welche
„bei mancher Finanz-Verwaltung für eine
„so zuverlässige Quelle des Zuflusses gerech-
„net sind, daß wichtige Anstalten darauf,
„als auf einen zuverlässigen Fond gegründet
„werden. Aber ich gestehe, daß ich dieser
„Art von Einkünften keinen schicklichen Ort
„anzuweisen finde. Soll ich sprechen: sie
„sind eine Entrichtung für eine Art von Be-
„gnadigung, so wird es unschicklich seyn,
„die Milde der Regenten einer Taxe zu un-
„terwerfen; so wird es unehrerbietig seyn,
„zu sagen: nur dem, welcher zahle, kann
„Nachsicht zu Theil werden; die Strafe aber
„ist ohne Nachsicht für den Dürftigen. Soll
„ich sprechen: es sey Befreyung gegen die
„Gesetze, das ist, gegen die allgemeine Wohl-
„fahrt nach einem Tariffe? Siehet man die
„Geldstrafe nach ihrem Endzwecke an, so
„soll sie von der Uebertretung des Gesetzes,
„dem sie angehängt ist, zurück halten; die

„Strafgelder also einem sichern Aufwande
„zur Bedeckung angewiesen, verräth den
„Wunsch, daß das Gesetz übertreten wer-
„den solle; verräth die Ueberzeugung, daß
„es oft übertreten werden wird. Aber,
„warum ist ein Gesetz gegeben, welches ent-
„weder nicht befolgt werden soll, oder wo,
„wenn es befolgt wird, auf einer andern Seite
„eine nützliche Anstalt unterlassen werden
„muß? Es bleibt hier nichts übrig, als über
„die Kraftlosigkeit der Gesetze, zugleich aber
„auch über Mangel der Grundsätze in einem
„Staate zu seufzen, wo die Strafgelder eine
„beträchtliche Finanz-Rubrike ausmachen.

Die beiden leztern vorhergehenden Gattun-
gen von Staats-Einkünften sind wahrhaft nur
zufällige Einkünfte; allein von jeder Gattung,
und von der lezten mehr, als von der ersten
werden immer alle Jahre welche, und oft be-
trächtliche Einnahmen vorfallen, welche einen
ziemlichen Beitrag zu den Befriedigungs-Mitteln
der Staats-Bedürfnisse liefern. Ob aber über-
haupt dergleichen Abgaben mit dem Staatszwecke
überein kommen? Das überlasse ich dem Leser;

welcher die so eben angeführten Sonnenfels'schen Grundsätze mit Aufmerksamkeit durchlesen hat, zur eigenen Beurtheilung.

Durch obige Untersuchung der Quellen für die Befriedigungs-Mittel der Staats-Bedürfnisse haben wir gesehen, daß die Domänen am besten durch die Verwandlung in kleinere Bauerngüter, und die meisten der Regale durch die Verpachtung an Privatpersonen, welche aber im Lande bleiben, und ihr Einkommen im Lande verzehren, benutzt werden können. Die Domänen würden daher durch ihre Verwandlung in Bauerngüter in Ansehung der Abgaben den übrigen Ländereyen gleich, und also in die Klasse der Steuern aus liegenden Gründen gesetzt werden können. Wir haben gefunden, daß die Steuern von Ländereyen und von Gebäuden die geschicktesten und gleichesten Gegenstände seyen, von welchen die Befriedigungs-Mittel für den Staats-Aufwand gezogen werden können; daß die Besteuerung des Gewinnes aus Kapitalen, welche auf Gegenstände angewendet, und keine Geld-Kapitale sind, als Konsumtions-

Steuern angesehen werden, und mit diesen ein beträchtlicher Theil des Staats-Aufwandes ausgefüllt werden könne; und endlich dafs die Rückfälle an den Staat und die Taxen zwar einen beträchtlichen Beitrag zu den Befriedigungs-Mitteln verschaffen, letztere aber gegen den Staatszweck seyen.

Zwey Haupt-Grundsätze in Festsetzung und Erhebung der Befriedigungs-Mittel der Staats-Bedürfnisse müssen nie aus den Augen gelassen werden, sie sind:

1. dafs die Abgaben der Bürger, so viel möglich, unmittelbar auf geradem Wege und nicht durch Umwege, und
2. aus dem reinen Einkommen erhoben werden.

Alles Einkommen der Bürger reduziert sich auf zwey Gegenstände, entweder von liegenden Gütern oder von der Industrie, und alle Abgaben fallen am Ende immer auf die bemitteltere und verzehrende Klasse. Nichts desto weniger aber muß dem Staate daran liegen,

dafs die Erhebungs - Art so viel möglich auf direktem Wege und mit einer verhältnißmässigen Gleichheit geschehe, damit er nicht in der Gewissheit der Einkünfte gehindert sey. Der Staats-Aufwand ist der Mafsstab zur Schätzung der Abgaben, und das reine Einkommen der Bürger ist der Mafsstab zur Festsetzung des Staats-Aufwandes. Beide sind innig mit einander verbunden, und müssen mit einander in gleiches Verhältnifs gesetzt werden, um die Dauer der Staats-Einkünfte hervor zu bringen. Die Beitrags-Fähigkeit der Bürger wird nur dadurch bedingt, dafs die Abgaben aus dem reinen Einkommen der Bürger erhoben werden, ohne welches an keine Dauer zu denken ist. Ein Haupt-Fehler eines Erhebungs-Systems würde seyn, wenn man den entrichtenden Klassen, welche die Abgaben vorschiefsen, den Weg zur Entschädigung ihrer Auslagen von der verzehrenden Klasse abschneiden würde. Endlich ist auch noch ein gut eingerichtetes Rechnungswesen eine wesentliche Tendenz der Erhebungs-Art. Wo das Rechnungswesen auf mangelhafte Grundsätze gebauet, und der Willkür der Beamten zu viel überlassen ist, da wird nicht

nur das Staats-Einkommen durch viele Fehler und Gebrechen, wohl auch durch Betriegerereyen geschmälert, sondern auch die Unterthanen und Beitrags-Pflichtigen unendlich gedrückt werden können.

Die Bedeckung des Staats-Aufwandes darf durchaus kein Hinderniß zur Bezweckung des National-Wohlstandes seyn; daher muß eine Regierung diejenigen Quellen dazu wählen, welche demselben nicht entgegen sind, und eben diese Quellen müssen sich nur auf einen Theil des reinen Einkommens der Bürger beschränken, also dasselbe nicht ganz wegnehmen, sonst ist die Fortschreitung des National-Wohlstandes nicht möglich. Dies heißt: Der Staats-Aufwand oder die Staats-Bedürfnisse müssen so angelegt werden, daß die Befriedigungs-Mittel nicht mehr als einen Theil des reinen Einkommens der Bürger wegnehmen. So bald dies der Fall ist, so muß der Staat dem National-Wohlstande entgegen gehen. Eine weitere Beförderung des National-Wohlstandes beruhet noch auf der völligen Freiheit der Anwendung der Kapitale, mit

deren unmittelbaren Leitung eine Regierung oft, wenn sie sich zu viel einmischet, grofse Hindernisse derselben in den Weg legt. Aus falschem Grundsatz für die Vermehrung der Staats-Einkünfte wird sie oft und viel so weit gebracht, dafs sie sich zu viel mit der Richtung der Anwendung der Kapitale der Bürger abgibt, und dadurch, zu sehr auf ihr eigenes Interesse bedacht, dem National-Wohlstande schadet.

Davon sind aber nicht solche Beförderungsmittel ausgeschlossen, welche, ohne der Freiheit des Gewerbs- und Erzeugungs-Fleißes zu nahe zu treten, von der Regierung angewendet werden können.

Es ist z. B. gerecht und billig, auch dem allgemeinen Wohlstande gemäfs, dafs derjenige Bürger, welcher etwa eine neue Manufaktur angelegt, eine neue Erfindung gemacht, oder einen neuen Handelszweig ausgesonnen hat, auch auf eine gewisse Zeit von den Abgaben frey bleibe, so lange, bis er seine darauf verwendeten Auslagen mit Zinsen wieder gewonnen haben kann; denn so lange er diese nicht wieder erhalten, hat er auch kein reines Einkommen. Hierin

fehlt manche Regierung, daher auch in manchen Ländern keine Fabriken und Manufakturen gedeihen wollen. Weitere Beförderungs - Mittel sind auch noch die vortheilhaften Handels - Verträge mit andern Nationen. Sie können oft unmittelbar dem Handelsstande, und also mittelbar dem Staate ansehnliches Einkommen verschaffen. Wie sehr ein vortheilhafter Handel den National - Wohlstand befördert, davon kann uns ehemals Holland und gegenwärtig England zum lebendigen Beispiele dienen, wenn wir auch auf diejenigen Zeiten zurück gehen, wo letzteres die Herrschaft zur See nicht so ausübte, wie gegenwärtig, und wozu es die französische Revolution und der gegenwärtige Krieg gebracht hat. Was übrigens das Handels - System betrifft, so hat Smith wahrhaft vortreffliche Grundsätze aufgestellt, die wir jedem Leser aufs beste empfehlen wollen.

Wir haben durch diese Abhandlung und nähere Untersuchung der Befriedigungs - Mittel der Staats - Bedürfnisse gesehen, was für eines Einkommens ein Staat gewöhnlich sich bedient, und welche Abgaben die tauglichsten für die

Bestreitung des Staats - Aufwandes seyen. Wir haben sogar nicht einmal alle Quellen, die sich oft eine Regierung noch anmaßet, sondern nur die ansehnlichsten und beträchtlichsten angeführt. Noch von vielen kleinern Quellen werden Staats - Gefälle eingezogen, die öfters ganz zweckwidrig und schädlich sind. Wir haben die zwey Haupt - Grundsätze fest gesetzt:

1. Der Staats - Aufwand muß sich nach dem reinen Einkommen der Bürger richten, und, so viel möglich, nur aus diesem erhoben werden, um die möglichste Gleichheit und die geradeste Erhebungs - Art zu bewirken; weil aber die Auflagen auf liegende Güter, welche zwar die gleichesten und zweckmäßigsten wären, von dieser produktiven Klasse für die andern Klassen allein nicht vorgeschossen werden können, so seyen einige andere Quellen auch zuzulassen, um die Summe der Staats - Bedürfnisse, gemeinschaftlich aus allen zusammen, erhalten zu können.
2. Die Mannigfaltigkeit der Menge der Quellen, woraus die Bedürfnisse erhoben wer-

den, und die so kostspielige Erhebungs-
Art verursachen, dafs nicht einmal die
Summe des Beitrages der Bürger, weil sie
durch zu viele Umwege passire, ganz, wie
sie sollte, in die Staatskasse falle, und so-
wohl dadurch, als durch die kostspieligere
Erhebungs-Art der Beitrag der Bürger er-
höhet werden müsse.

Es bleibt einem Jeden unbenommen, seine
Gedanken über dergleichen Gegenstände zu äus-
sern, es sey daher auch mir erlaubt, einen Vor-
schlag zu machen, bei dem vielleicht jene bis-
herigen grossen Schwierigkeiten weg fallen, und
eine einfachere und zweckmässigere Besteuerung
Statt finden könnte. Ich weifs zwar wohl, dafs
es ausserordentlich schwer hält, eine schon fest
gesetzte und lang bestandene Ordnung, woran
besonders die Bürger-Klasse, verführt durch
langwierige Observanz, hängt, zu ändern, und
eine neue an deren Stelle zu setzen; selbst schon
das Mißtrauen dieser Klasse, welches einer Fi-
nanz-Veränderung keine kleine Hindernisse ent-
gegen setzt, wird die Schwierigkeiten vermeh-
ren; allein nach und nach durch eine weise

und kluge Leitung könnte endlich doch eine solche Veränderung realisirt werden, besonders, wenn man den Bürger überzeuget, daß er im Ganzen nicht weiter, aber nur nicht in so vielerley Gegenständen und Benennungen bezahle.

Hat der Suverän oder sein Finanz-Minister die jährlichen Staats-Bedürfnisse pünktlich berechnet, hat derselbe die Regierungs-Verwaltung, so viel möglich, vereinfacht, und auf den möglichst genauen Fufs, ohne zu leiden, reduziert, denn die Menge der Staats-Beamten, davon oft ein grofser Theil entbehrt werden kann, nehmen eine sehr beträchtliche Summe von dem Staats-Einkommen weg, so kann er nach unserm Ermessen folgende vier Hauptquellen fest setzen, aus denen die Staats-Bedürfnisse befriedigt werden können:

1. die Steuern, auf die liegenden Gründe, worunter die Güter und Häuser begriffen,
2. Gewerbesteuern, welche jedes Gewerbe zu entrichten hat,

3. die Regale, welche theils in eigener Administration stehen, theils verpachtet sind,

4. solche Konsumtions-Steuern, welche auf Vergnügen, grössere Bequemlichkeit, Pracht und Luxus gelegt werden.

Was die Steuern auf liegenden Gründen betrifft, so müßten sie zu Folge obiger Grundsätze nach dem reinen Einkommen der Bürger bestimmt werden, nemlich: bei verpachteten Gütern nach dem mit dem Eigenthums - Herrn ausgemachten Pachtprice, bei selbst bebaueten Gütern hingegen nach einer Schätzung von benachbarten Pächtern und Grund-Eigenthümern; bei den Gebäuden sowohl vom Grunde und Boden, als auch von den Miethzinsen.

Ich setze voraus, daß nach obigen Grundsätzen alle Domänen an die Landleute ausgegeben, zertheilt, und den übrigen Grundstücken gleich gemacht seyen. Ich setze ferner voraus, daß alle übrigen Güter, sie seyen Lehengüter, eigene Ritter- oder Privatgüter durchaus, ohne Ausnahme, mit in diese Kategorie gezogen seyen;

eben so auch die Gebäude, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, und selbst Kirchen, die auf dem Grunde und Boden des Staates stehen, dürfen nicht ausgenommen seyn. Dafür aber müßten keine Zehenten, kein Handlohn, keine Gülten, kurz durchaus keine weitem Abgaben auf liegenden Gründen mehr Statt finden, sie müßten alle erlassen und überall volle Freiheit gestattet seyn. Man könnte hier einwenden, der Staat habe alsdann keine eigenen Naturalien, um seine Diener damit besolden zu können, und in unfruchtbaren Jahren oder bei Missernte könnte der Staat Gefahr laufen, in Noth und Theuerung versetzt zu werden, weil eine gut eingerichtete Staatswirthschaft dafür sorgt, daß eine gewisse Summe Naturalien so lange vorräthig liegen bleibe, bis man des nächsten Ernte-Segens bestimmt versichert sey. Der erste Einwand ist gleich gehoben. Man gebe den Staats-Dienern keine andere als Geld-Besoldung, aber vollkommen hinlänglich, das heißt, gut, wovon er sich noch für sein und seiner Frau Alter so viel zurück legen kann, daß sie im Alter davon leben können. Pension ist eine Gnadensache, die der ehrliche Staats-Diener, der

dem Staate seine Kräfte aufgeopfert hat, nicht anzurufen, nöthig haben soll. Sie ist nur für einen Staats-Diener, der durch Krankheit oder Unglück zur Arbeit unbrauchbar geworden, oder für dessen Wittve und Kinder, wenn er jung gestorben ist, tauglich und geschickt. Ich habe mich oben schon ausführlicher darüber erklärt.

Der zweyte Einwand kann dadurch gehoben werden, wenn man die Einrichtung trifft, daß entweder Magazine errichtet werden, oder jede Gemeinde im ganzen Staate einen Frucht-Vorrath habe, wozu jeder Bürger seinen Antheil in Natura hergibt. So bald man nun den Ernte-Segen des nächsten Jahres siehet, und er so weit gekommen ist, daß er keiner Unfruchtbarkeit noch eines Mißwachses mehr ausgesetzt ist, so werden im ersten Falle die Früchte vom Magazine abgegeben, und im zweyten Falle erhält jeder Bürger seinen Antheil wieder zurück, wovon der Abgang nicht beträchtlich seyn kann.

Die zweyte Gattung Steuern, nemlich die Gewerbs-Steuer, kann nur nach Klassen fest gesetzt und erhoben werden, weil hier,

das reine Einkommen des Bürgers bestimmt zu erfahren, theils nicht wohl möglich ist, theils die Nachsuchungen desselben eben diese Folgen hervorbringen würden, die oben von der Besteuerung der Geld-Kapitalisten oder des Vermögens angeführt worden sind. Es könnten dafür vier Klassen, nemlich die höchste, minder hohe, mittlere und die niedrigste Klasse, bestimmt werden. Jedes Gewerbe wird nach einer der vier Klassen bestimmt angelegt, welche Abgabe dem Staate zu Bestreitung seiner Bedürfnisse gewiss, bestimmt und unmittelbar eingehet. Da sie mit der vorigen Gattung der Steuern gemeinschaftlich den Vorschuss der Staats-Bedürfnisse zu übernehmen hat, so wird ihre Besteuerung nach Verhältniß gegen die Klasse der Landleute fest gesetzt. Dafür aber bleiben alle ersten und nothwendigsten Lebens-Bedürfnisse, alles, was nicht zum Vergnügen, Pracht und Luxus gehöret, von allen Abgaben oder Auflagen befreyet, und es muß im ganzen Staate volle Freiheit im Handel und Wandel gestattet seyn; denn betrachtet man es genau, so sind diese Gewerbs-Steuern eigentlich auch nur Konsumtions-Steuern, deren

Betrag von der Gewerbs-Klasse nur vorgeschossen, und am Ende von dem letzten Abnehmer oder Verzehrter entrichtet wird. Selbst die Steuern auf liegenden Gründen werden am Ende eben so vom letzten Abnehmer wieder erstattet. Es ist daher bloß allein davon die Rede, wie der Suverän unmittelbar und am sichersten wegen den Staats-Bedürfnissen gedeckt, und daß die Erhebungs-Art weniger umständlich und kostspielig sey. Durch bestimmte und gewisse Abgaben, wo die Willkür des Verzehrenden keine Lücke und keine große Veränderung machen kann, ist der Suverän offenbar mehr gedeckt, als durch die eigentliche Konsumtion, denn er kann durch diese Besteuerung auf eine bestimmte Summe Staats-Einkommen mit Sicherheit rechnen. Die Landrente allein ist nicht im Stande den ganzen Vorschuss zu prästiren, kömmt ihr aber die Gewerbe-Steuer mit den beiden andern Zweigen der Befriedigungs-Mittel zu Hülfe, so können alle zusammen doch zureichen, den Vorschuss zu leisten. In diesem Falle wird dann freilich keine solche eigentliche Rücksicht auf das reine Einkommen der Gewerbs-Klasse genommen, wie es bei der Landrente ge-

schehen, weil es überhaupt sehr schwer ist, dasselbe zu erfahren, und wollte man die Konsumtions-Steuern auf das reine Einkommen richten, so wäre auf keine gewisse bestimmte Summe zu rechnen; es hienge mehr von der Willkür der verzehrenden Klasse ab; wobei öfters eine grofse Lücke entstehen könnte, welche nachher mit frischen Auflagen ergänzt werden müfste, die Erhebungs-Kosten würden kostspieliger seyn, und dem Einkommen der Bürger eine gröfsere Summe entziehen, als sie der Staats-Kasse wirklich einbringen. Die Zunahme eines Bürgers in seinem Gewerbe bleibt doch den Nebenbürgern und der Orts-Obrigkeit, wenn sie ein wachsames Auge hat, nicht verborgen; dieser kann daher immer in eine höhere Klasse gesetzt werden, und auf diese Art ist die Gewerbs-Steuer auf eine Gattung Konsumtions - Steuer, welche sicher und gewifs eingehet und zuletzt vom Verbraucher wieder erstattet wird, gesetzt.

Es ist von Wichtigkeit und von Nothwendigkeit, dafs die Staats-Bedürfnisse gedeckt seyen, und bei der Erhebung keine Willkür Statt finden könne. Ein anderer Weg der

Gleichheit und Gewifsheit läßt sich nicht wohl ausfindig machen, wenn der Suverän für die Staats-Bedürfnisse, wie es nothwendig ist, gedeckt seyn will. Da die Bürger nach ihren Gewerben, das heist, die Handwerker, Professionisten, Handelsleute und dergleichen, (denn die Landleute sind schon unter der ersten Gattung verstanden,) in Klassen getheilt, und von verpflichteten Personen geschätzt werden, welcher Klasse ein jeder zuzutheilen sey, so geschieht keinem zu viel, und der Staat kann auf die Gewifsheit der Staats-Bedürfnisse sichere Rechnung machen.

Was nun die beiden weitem Staats-Einkünfte betrifft, so hätte der Suverän seine Zuflucht zu den Regalen und denjenigen Konsumptions-Steuern dabei zu nehmen, welche zur Bequemlichkeit, dem Vergnügen und dem Luxus gehören.

Regale, welche der Suverän, als solcher, vermög der Landeshoheit sich anmasset, werden mit in Berechnung gezogen, und wir berufen uns dabei blofs allein auf das, was schon oben davon gesagt worden ist. Wir haben daher bei

den Regalen hier weiter nichts mehr zu erinnern, als dafs der Suverän bei solchen, welche zu den nothwendigsten Lebens-Bedürfnissen gehören, wie z. B. das Forst- Salz- und Münz-Regal, keinen Mißbrauch mache, weil er Meister des Preises davon ist, und das erstere und letztere nicht wohl in Privathände gegeben werden kann.

Diejenigen Konsumtions-Steuern hingegen, welche nicht für unumgängliche Bedürfnisse eines Jeden angesehen werden können, und hauptsächlich nur auf grössere Bequemlichkeit, Vergnügen, Pracht und den Luxus gehen, können immer ein Gegenstand für die Staats-Befriedigungs-Mittel seyn, weil sie nur auf die bemitteltere Klasse fallen, und da es eines Jeden eigener freyer Wille ist, sich ihrer mehr oder weniger zu bedienen, so kann er auch nicht über Ungerechtigkeit klagen. Würde man aber diese Konsumtions-Steuern zu hoch anlegen, so würde ihr Ertrag geringer seyn; denn alsdann würde sich Jeder ihrer weniger bedienen, indem sie zu stark in seinen Beutel griffen; sind sie aber mäßig, so lässet sich die bemittelte

Klasse nicht so leicht von ihrer Bequemlichkeit, von ihrer Gewohnheit, von ihrem Vergnügen, vom Prachte und vom Luxus abschrecken, weil der Aufwand nicht so bedeutend ist. In Rücksicht der höhern oder geringen Besteuerung könnte auch noch ein Unterschied gemacht werden, unter solchen Waaren, welche im Lande verfertigt, und unter solchen, welche vom Auslande eingeführt werden. Wer nicht mit denen, die im Lande hervor gebracht werden, zufrieden seyn will, mag auch die ausländischen höher bezahlen.

Auf diese Weise wären die etats-mässigen Staats-Bedürfnisse, worunter immer eine bestimmte Summe eines Staats-Schatzes für unvorhergesehene Fälle begriffen seyn könnte, hinlänglich gedeckt, das ganze Besteuerungs- und Erhebungs-System könnte sehr vereinfacht werden, und völlige Freiheit im Handel und Wandel würden die wohlthätigen Folgen davon seyn, und sicher den National-Wohlstand vergrößern.

Der Einwurf, daß durch Anlegung der Gewerb-Steuer diejenigen Gewerbe, welche sich mit der Produktion der so eben erwähnten

Konsumtions-Steuern beschäftigen, doppelt besteuert würden, ist allerdings noch in Betrachtung zu ziehen; allein da er nur die vermögende Klasse, welche doch immer am Ende alles entrichten muß, trifft, und man ohnehin die mathematische Gleichheit nie in einem Staate einführen kann, auch dergleichen Artikel der Konsumtion mit Recht höher angelegt seyn sollten, und in vielen Staaten mehr als zweyfach verzollt und verakzisiert werden, so kann man schon, als eine Sache, die nicht anders gehoben werden kann, davon absehen, und es kann auch über keine Ungerechtigkeit geklagt werden, weil es von der Willkür eines Jeden abhängt, sich ihrer mehr oder weniger, nach Gefallen, zu bedienen.

Bedenkt man nur die unendliche Menge Abgaben, ihre vervielfältigte Verschiedenheit und das Personale, welches zu ihrer Einsammlung und Erhebung nöthig ist, auch die erstaunlichen Arbeiten, die dazu erfordert werden, und die große Mühseligkeit, welche mit dem dadurch so verwickelten Rechnungs-Wesen verknüpft ist, so sollte man mit der größten Kraft-Anwendung auf Vereinfachung der Staats-Ab-

gaben und des zu ihrer Erhebung nöthigen Personale dringen.

Wir wollen nur einmal ganz kurz die Preussischen Staats-Gefälle in die Uebersicht nehmen, welche von den Domänen und den übrigen Unterthanen eingezogen werden:

A. Von den Domänen,

- | | |
|--------------------------|-------------------|
| 1. Fixirte Kontribution, | } Kriegs-Gefälle. |
| 2. Remissions-Geld, | |

3. Hufenzins,

4. Grundzins,

5. Wieseinzins,

6. Krugzins,

7. Fischereyzins,

8. Silberzins,

9. Hühner,

10. Eyer,

11. Getreide

a. Rocken,

b. Gerste,

c. Haber,

12. Quarte,

13. Brauereyzins,

14. Brennereyzins,

} beständige
Gefälle.

- | | | |
|--|---|--------------------------|
| 15. Freyhufenzins, | } | beständige
Gefälle. |
| 16. Vorwerkskanon, | | |
| 17. Kampenzins, | | |
| 18. an Schulgelde, | } | unbeständige
Gefälle. |
| 19. von Weidhämmeln, | | |
| 20. von Lämmern und
Fleischzehnten, | | |
| 21. an Brau- und Darr-
gelde, | | |
| 22. an Zoll und Ablage-
geldern, | | |
| 23. an kleinem Zinse, | | |
| 24. an Frohndiensten | | |
| a. von einem Bauern, | | |
| b. von einem Kossaten, | | |
| c. von einem halben Kossaten, | | |
| d. von Häuslern und Hausleuten. | | |
| 25. die unendliche Menge der Arbeiten,
welche das Rechnungs - Wesen , die
Fraktionen zur Bestimmung der Kör-
ner und der Etate, die Berechnung der
Einsaat, der Ernte, und des Flächen-
Inhaltes, auch der verschiedenen Vieh-
zucht, die Pacht - Anschläge der Bier-
brauereyen, der Branntweinbrenne- | | |

reyen, der Ziegelhrennereyen, der Kalkbrennereyen, der Pottaschesiedereyen, der Glasbrennereyen, der Getreide-Schneide- Oehl- und Papiermühlen, der Seen- und Karpfenteiche etc. ferner die Remissionsfälle an Mißwachs, an Viehsterben, verursachen.

B. Aus den Steuern

1. Lehenritterpferdgeld,
2. Die Kontribution, Hufensteuer oder Landsteuer,
3. Schloßbau - Legationsgelder,
4. die Steuern der Fischer, Hirten, Krüger, Schmide, Müller etc.
5. Viehsteuern,
6. General - Hufen - Schoß-Anlage,
7. unfixirte Personalsteuern,
8. Malz - und Tranksteuern,
9. Allodifikationszins,
10. Fourage - und Servisgelder,
11. die Prozente, welche die verschiedenen Güter verschieden bezahlen,
12. Nahrungssteuern,
13. Haussteuern,

14. Ackersteuern,
15. andere Grundstücksteuern,
16. Steuerzusatz oder Augment,
17. Landschaftliche Kontribution,
18. Kavallerie-Verpflegungsgeld,
19. Hufen- und Giebelschofs
20. Kriegesmetze oder Kriegsmetzkorngeld,
21. Natural-Fouragelieferung,
22. Potsdamische Bettgelder,
23. Brauzinse,
24. Schäferschattenhufengeld;
25. der Kopf- Horn- und Klauenschofs,
26. Schutz- und Nahrungsgelder,
27. Bienenzins.
28. allgemeine Landespflichten in Kriegs- und Friedenszeiten,
 - a. Vorspann,
 - b. Einquartierung,
29. Accise
 - a. vom Getreide,
 - b. vom Scharren- und Hausbacken,
 - c. Weizenmehlsteuer,
 - d. Mehlaceise,
 - e. vom Getränke,
 1. vom Bier,

2. vom Branntwein,

3. vom Wein,

α. Landweinen,

β. ausländische,

1. ordinäre,

2. feine,

f. vom Essig, Thee, Chokolade,

g. von der Fleischkonsumtion,

h. von allen übrigen Viktualien, Specerey-
Material- und Apothekerwaaren,

i. von kaufmännischen Material- Manu-
faktur- und Fabrikwaaaren,

hiezumuss man rechnen

30. die Accisehäuser, Handlungspackhöfe,
Thorschreibereyen, Zollhäuser etc.

31. die hiezuerforderliche Menge Beamten,
Schreiber und Einnehmer und

32. die große Arbeit des Rechnungs-Wesen,
der Tabellen, Tariffe und Verordnungen.

G. Aus der Ziese oder Tranksteuer

1. das alte Biergeld

2. das neue Biergeld,

3. das Einlagegeld.

D. Aus den Zöllen.

1. Landzoll,
2. Wagezoll,
3. Deichselzoll,
4. Grenzzoll,
 - a. Eingangs-
 - b. Ausgangs-
 - c. Durchgangs-
5. Kornzoll,
6. Dammzoll,
7. Viehzoll,
8. Judenleibzoll,
9. Wasserzoll,
 - a. Brückenzoll,
 - b. Fährgeld,
 - c. Schleusen - Kanalzoll,
 - d. Haven - und Ankergelder,
 - e. Mauthen etc. etc.
10. Wegezoll,
11. Matrosen- Fuhrmanns- und Pferdezzoll,
12. Niederlagegelder,
13. Wagegelder,
14. Ansagegelder,

E. Acker - Wiesen - Garten - und
Viehsteuer in Städten.

F. Theils zur Accise gezogene,
theils andere Nebensteuern

1. Ergänzungsaccise,

2. Nachschufsaccise,

3. Uebertragungsaccise,

4. Fixaccise,

5. Impost

a. auf Gegenstände des Luxus oder Auf-
schlagsimpost,

b. Bankoimpost.

6. Acciseabgabe der Handwerker des plat-
ten Landes für unversteuerte Materialien:
als die Abgaben

a. der Müller,

b. der Leinweber,

c. der Schneider,

d. der Rademacher,

e. der Schmide.

7. Losungsaccise,

8. Gefälle der Mühlenwagen;

9. das Zettelgeld;

10. Siegelung und Stempelung der Waaren ,

11. Abschofs von Erbschaften (Gabella hereditaria),

12. Abzugs - Abfahrtsgeld (Gabella emigrationis) ;

zu diesen Gefällen mit ihrem Personale, ihren Arbeiten, Rechnungen, Registern, Tabellen, Ordnungen, kommen noch :

1. die städtischen Polizey-Register, welche von allen diesen Accise- und Zoll-Abgaben geführt werden müssen,
2. die Bevölkerungs-Listen,
3. die Tabellen über das Manufaktur- und Fabriken-Wesen, und was dergleichen noch mehr ist.

Welchen ausserordentlichen Aufwand von Kosten, von Mühe und von Arbeit erfordert nicht die Erhebung aller dieser Staats-Gefälle? Welch eine Menge von Beamten müssen nicht für ihre Erhebung, Verrechnung und deren ganze Tendenz angestellt und besoldet werden? Eben diese grofse Summe mufs auch auf den

Staatsbürger fallen, weil er neben dem Staats-Aufwande noch die grofse Anzahl der nöthigen Beamten bezahlen mufs. Alle diese angeführten Abgaben fallen immerhin entweder auf die Landrente, oder auf die Konsumtion, also entweder auf diejenige Klasse, welche sich mit der Landes-Produktion beschäftigt, oder auf die Gewerbs-Klasse, und diese beiden Klassen machen eigentlich doch den direkten Vorschufs. Es ist auch einerley, ob diese Klassen nur in drey Steuern, die alsdann höher sind, oder in so vielerley Gegenständen bezahlen; wenn sie eine gleiche Summe doch bezahlen müssen. Wenn man dem Bürger beweiset, dafs er nicht mehr oder vielleicht gar den Theil der ersparten Erhebungs-Kosten weniger entrichten darf, so wird es ihm einerley seyn, ob seine Abgaben nur einen, zwey oder drey Namen haben, oder viele, wenn es ihn im Ganzen nur keine höhere Summe trifft.

Wenn hingegen die Besteuerung einfach ist, die kaum des dritten Theils der Beamten bedarf, so müssen nothwendig die Abgaben der Bürger weniger betragen, und will der Suverän

auch das nicht, was aber doch billig wäre, so kömmt doch diese Summe für die wenigern Beamten seiner Kasse zu gut. Freilich, wo der Suverän Organisation über Organisation macht, seine Beamten immer noch vermehrt, und eine der Welt in die Augen fallende, recht grofs scheinende und den Geschäftsgang in grofse Umwege bringende Einrichtung fest setzt, da wird gerade das Gegentheil erzielt. Der Bürger mufs alsdann weiter entrichten, und diese Entrichtung wird ihm an seinem reinen Einkommen geraubt. Nach und nach aber wird alsdann auch der National-Wohlstand abnehmen, und Armuth, Mißmuth und Trägheit an seine Stelle rücken.

Noch ein Haupt-Vortheil ist hier zu erwähnen, der nicht weniger Rücksicht verdienet. Wenn die Abgaben zum gröfsten Theile, wie diese zuletzt beschriebenen, auf die Konsumtion gelegt sind, so können sehr viele Unterschleife und Betriegerereyen vorgehen, weil man schlechterdings die Verzehrung, welche von der Willkür jedes Einzelnen abhängt, nicht bestimmt wissen kann; diese würden daher nach unserm

Vorschlage unterbleiben. Die Rechnungs-Einrichtung, welche in Preussen ein Meisterstück ist, und allen Regierungen zum Muster empfohlen werden kann, mag auch so gut seyn, als sie will, so wird die Menge der Verzehrenden die Schleichwege, welche unter dem Schwall so unendlich vieler und verschiedener Staats-Gefälle gern vorgehen können, leicht decken helfen, weil nicht nachgerechnet werden kann, was die jährliche Verzehrung beträgt. Die genaueste Kontrolle, die strengsten Verordnungen und die beste Rechnungs-Einrichtung wird nimmer hinlänglich seyn, den Schleichwegen und Betriegeren vorzubeugen, weil diese Staats-Gefälle zu heterogen, zu viel, und von zu weitem Umfange sind.

Die Menge der Domänen, welche verpachtet sind, würden nach obigen Grundsätzen die Erzeugung der rohen Landes-Produkte sicher vergrößern, wenn sie den Landbebauern als Eigenthum überlassen wären; also der Staat durch die grössere Bevölkerung, die er alsdann ertragen könnte, und durch das damit verbundene grössere reine Einkommen der Bürger

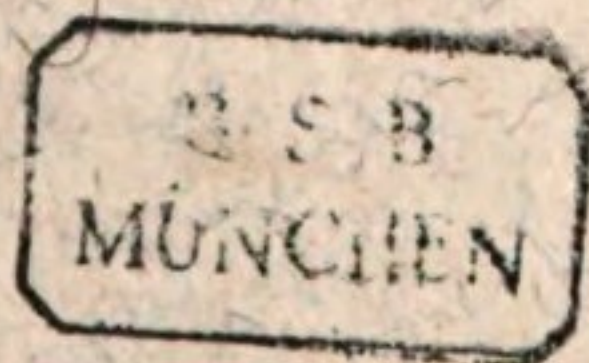
seine innere Kräfte, seine Macht und sein eigenes Einkommen unstreitig vermehren.

Man kann mit Recht annehmen, dafs in einem Staate, wo eine so ungeheure Menge heterogener Abgaben Statt findet, kein auf das reine Einkommen und auf den Wohlstand berechnetes Finanz-System fest gesetzt, und der Staats - Aufwand nicht nach dem gerechten Staats - Einkommen abgemessen, sondern nur das Staats - Einkommen auf immerwährende Vergrößerung angenommen sey; und dies ist nach unserm Ermessen ungerecht. Der Staats-Aufwand muß nach dem reinen Einkommen der Bürger bestimmt seyn, er muß noch eine Bedeckung für unvorhergesehene Fälle begreifen, aber diese unvorhergesehenen Falle müssen nicht zu hoch, sondern nur verhältnißmässig angenommen seyn, und nur nach einem solchen Systeme müssen die Abgaben der Bürger fest gesetzt werden. Mit dem Einkommen in die Kasse des Suveräns, wenn es zu groß ist, und dies zu Grofse in den Händen der Bürger geblieben wäre, hätten dieselben ihr eigenes reines Einkommen durch Industrie ver-

gröfsern, und also ihren Wohlstand vermehren können. Je gröfser der Wohlstand und National-Reichthum ist, je reicher und gröfser ist auch der Suverän.

Verbesserungen.

Seite 63 Zeile 15, statt nach Wieder-Erhaltung seines angewendeten Kapitals lies: seiner gehaltenen Auslagen.





Eschenmayer, Heinrich,

Ueber Staats-Aufwand und die Bedeckung desselben

Heidelberg 1806

Cam. 35

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10388292-6